

Frieden schaffen ohne Waffen

Für nichtmilitärische Konfliktlösungen
in und durch Europa

Beiträge zum
Fünften Dresdner Friedenssymposium
am 15. Februar 1997

DSS-Arbeitspapiere



Heft 34 – 1997

Herausgeber:

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.
Vorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstr. 2 01277 Dresden

Anläßlich des Jahrestages der Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945
hatten

die **Sächsische Friedensinitiative Dresden e.V.**

gemeinsam mit

AnStiftung Dresden, DGB Kreis Dresden, Dresdener Studiengemeinschaft
SICHERHEITSPOLITIK e.V., Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V.,
IPPNW Ärzte in sozialer Verantwortung
und Arbeitskreis Dresden des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. zum

Fünften Dresdner Friedenssymposium

eingeladen.

89 Friedensfreundinnen und Friedensfreunde folgten dieser Einladung
und debattierten am 15. Februar 1997 zum **Thema „Frieden schaffen ohne Waffen.
Für nichtmilitärische Konfliktlösungen in und durch Europa“.**

Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Vorträge sowie die schriftlich eingereichten
Diskussionsbeiträge. (In wenigen Beiträgen wurde geringfügig und sinnwährend gekürzt.)

Redaktion und Vertrieb: Dr. Joachim Klopfer (V.i.S.d.P.)
Am Jägerpark 52
01099 D r e s d e n
Fon/Fax: 0351/4429225

Redaktionsschluß: 10. 04. 1997

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren
wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen
ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer
Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Kostenbeitrag: 2,50 DM

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Wolfgang S c h e l e r (Dresden) Die Friedenskonzeption in veränderter Sicherheitslage. Konsistenz und Modifikation	5
Gerda Z e l l e n t i n (Wuppertal) Gesellschaftliche Gruppen und nichtmilitärische Konflikt- bearbeitung - Chancen und Risiken	15
Hans-Jochen V o g e l (Chemnitz) Schalom und adé? Kirchliche Friedensbewegung und Konziliarer Prozeß in der DDR wirken weiter (Mit einem Zeitzeugnis aus dem Jahre 1984)	23
 <u>Aus der Diskussion:</u>	
Peter S t r u t y n s k i (Kassel) Frieden durch Demokratie?	39
Wilfried N e u m a n n (Bad Laasphe/Marburg) Unsere Aufgabe: Erziehung zu Frieden und Versöhnung	44
Lorenz K n o r r (Frankfurt /M.) Kriegsursachen und friedliche Konfliktregelung	45
Peter G e r l i n g h o f f (Berlin) Frühzeitige Konfliktanalyse - eine Vorbedingung ziviler Konfliktbewältigung	53
Gerd H o m m e l (Dresden) Für nichtmilitärische Konfliktlösungen und Überwindung von Ausgrenzung aus Glaubens-, ethnischen und politischen Gründen	59
Ingeborg P h i l i p p (Dresden) Kosmisches Zeitalter	61
Jan Š u m a v s k y (Prag) Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen und die „Deklaration“	62

Die Autoren

- Dr. Peter Gerlinghoff** Ständiger Arbeitsausschuß für Frieden,
nationale und internationale Verständigung,
Berlin
- Gerd Hommel** INSIDERKOMITEE zur Aufarbeitung der
Geschichte des Ministeriums für Staats-
sicherheit e.V. Dresden
- Lorenz Knorr** Publizist, Frankfurt /M.
- Wilfried Neumann** DFG-VK Marburg, Bad Laasphe
- Ingeborg Philipp** Dresden
- Prof. Dr. Wolfgang Scheler** Dresdener Studiengemeinschaft
SICHERHEITSPOLITIK e.V.
- Dr. Peter Strutynski** Forschungsgruppe FPN Arbeitsforschung
und Raumentwicklung an der Universität
Gesamthochschule Kassel
- PhDr. Jan Šumavsky** Tschechische Friedensgesellschaft, Prag
- Hans-Jochen Vogel** Studentenpfarrer, Chemnitz
- Prof. Dr. Gerda Zellentin** Bergische Universität - Gesamthochschule
Wuppertal

Wolfgang Scheler

Die Friedenskonzeption in veränderter Sicherheitslage. Konsistenz und Modifikation

Vielleicht werden Sie sich fragen, warum wir das Dresdner Friedenssymposium diesmal unter das altbekannte Thema „Frieden schaffen ohne Waffen!“ gestellt haben - ein Motto also, das noch an Zeiten erinnert, in der die Friedensbewegung ihre Hochform hatte, und mit dem sie in einer ganz anderen historischen Situation und Bedrohungslage angetreten war. Und warum holen wir ein altes Dokument hervor, den Berliner Appell von 1982, verantwortet von einem Pfarrer und Waffendienstverweigerer, zuletzt Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR?

Ich will versuchen, es kurz zu begründen:

Erstens wollen wir, daß alle, die sich noch zusammenfinden im Willen, etwas für den Frieden zu tun, eines nicht vergessen: Zu der Zeit, als die Friedensidee sich Bahn brach gegen die Ideologie des Kalten Krieges und sich der öffentlichen Meinung bemächtigte, als sie Einfluß auf die Politik gewann, im damals noch feindlich geteilten Deutschland, da war das eine große, eine faszinierende Idee, eine Idee, die die Massen ergriffen hatte, hüben wie drüben. Wir möchten wissen, ob diese einst so kraftvolle Idee jetzt, nach dem Kalten Krieg, überholt ist und man sie fallenlassen kann, wie viele ihrer einstigen Protagonisten es tun, oder ob sie auch unter den veränderten Umständen noch gültig und tragfähig ist.

Zweitens stellen wir uns die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, in dem zwar nicht mehr feindlich, aber geistig-kulturell immer noch geteilten Deutschland unsere in Ost und West unterschiedlichen Erfahrungen auszutauschen, auch und gerade in der Friedensbewegung. Unsere Friedensauffassungen haben sich ja im Gegeneinander von Blöcken und Ideologien und unter sehr verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen ausgeformt. Werden wir uns heute im Zusammengehen nicht viel besser verstehen, wenn wir diesen unterschiedlichen Hintergrund mit bedenken? Wir sollten deshalb die Herkunft, die Wurzeln und die treibenden Kräfte unseres Einsatzes für den Frieden nicht verleugnen, auch nicht das jeweilige Lokalkolorit.

Der Berliner Appell - das war seinerzeit ein offener Bruch mit der staats-offiziellen Friedenskonzeption der DDR, die - nicht viel anders als im Westen - dem Prinzip folgte: Frieden durch militärische Macht und zu den eignen Bedingungen. Dagegen stellte der Appell den Kernsatz: „Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten.“ (Berliner Appell. In: Rainer Eppelmann). Also auch die eignen Waffen! Das war ein Frevel, ein Angriff auf den Mythos vom bewaffneten Schutz des Friedens. Zudem ließ die Kritik an Wehrunterricht, Wehrersatzdienst, Militärparaden und Zivilverteidigung keinen Zweifel: Gefordert wird nicht weniger als die Revision der Staatsräson in der Friedens- und Sicherheitspolitik, nämlich ihre Entmilitarisierung.

Mit diesem direkten Angriff auf ein Heiliges, auf die Fähigkeit zur bewaffneten Verteidigung des Friedens, begann ein Dauerkonflikt mit der Staatsmacht. Nach der rabiaten Unterdrückung der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ und mit dem Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wuchs aus ihm die kräftigste der geistigen Strömungen und der Organisationsformen, die schließlich eine Bürgerbewegung für Dialog und für das Recht auf freie Meinungsäußerung, für Toleranz und demokratische Mitgestaltung in allen Lebenssphären hervorbrachten.

Aber auch innerhalb der staatstragenden Gesellschaftsschichten gab es eine reformistische Strömung, vor allem getragen von akademischen Kreisen, Schriftstellern und Künstlern. In einem widersprüchlichen Prozeß von Anpassung und Subversion unterzog sie die Friedens- und Sicherheitskonzeption einer grundlegenden Revision und setzte ihr eine neue entgegen. Diese stimmte in Ziel und Inhalt wesentlich überein mit jener der oppositionellen Friedensgruppen. Mit Gorbatschow erhielt sie Rückhalt und Auftrieb und fortan den Namen Neues Denken. Und sie blieb nicht ohne politische Wirkung.

In der demokratischen Revolution schließlich, bevor diese von einer Restauration abgelöst worden ist, trafen sich beide Strömungen in einem breiten gesellschaftlichen Konsens für einen entmilitarisierten Frieden, zu Hause und anderswo. Und was noch schwerer wiegt, die neue Denkweise über den Frieden und seine Verhaltensregeln, erdacht für den äußeren Frieden, bestanden damals ihre praktische Bewährungsprobe beim inneren, beim Bürgerfrieden. Ich sehe darin ein lehrreiches Beispiel für die friedliche Lösung eines gewaltträchtigen Konflikts, und Friedensfreunde sollten diese Erfahrung hoch schätzen.

In der kurzen Phase demokratisch-revolutionären Aufbruchs hat die neue Friedenskonzeption allgemeine gesellschaftliche Anerkennung gefunden. Am Runden Tisch bestand Einigkeit in allen wesentlichen Punkten. Essentiell waren das:

- Entmilitarisierung der Gesellschaft und der internationalen Sicherheitsstrukturen,
- Umkehr vom Abschreckungsfrieden zum Verständigungsfrieden oder, in anderen Begriffen, Ausstieg aus dem Modell der militärischen Sicherheit und Übergang zur gemeinsamen Sicherheit mit immer weniger Waffen,
- eine dementsprechende Militärreform, die Reduktion des Streitkräfteauftrages auf Restfunktionen im Übergang zur nachmilitärischen Ära,
- Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen und Konfliktregulierung in zivilen Formen,
- Abkehr von Feindbildern und Feindschaft zwischen Staaten,
- Frieden durch Dialog, Toleranz und Kooperation in Anerkennung der Priorität der Gattungsinteressen vor divergierenden Gruppeninteressen.

Den Frieden auf einer solchen Grundlage zu errichten, das war in der Zeit des Runden Tisches der gemeinsame politische Wille aller gesellschaftlichen Gruppen in der DDR. Und in dem Bewußtsein, hierin generell mit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik übereinzustimmen, blieb auch in der Beitrittsphase zunächst noch die naive Zuversicht, etwas in diese Richtung bewegen zu können.

Aber die Hoffnung, dies könnte als Impuls in dem staatlich vereinten Deutschland weiterwirken, zumal nach dem Ende der Feindseligkeiten des Kalten Krieges eine drastische Abrüstung erwartet werden konnte, ist schnell zerstört worden. Es ist ganz anders gekommen. Hält man sich vor Augen, was sich in den wenigen Jahren in der Politik und im öffentlichen Bewußtsein in Sachen Frieden und Sicherheit verändert hat, so kann man nur vom Rückfall in das schon überwunden geglaubte alte Denken sprechen. Wir sind wieder zurückgeworfen auf die Jahrtausende alten Verhaltensmuster, politische Interessen mit militärischer Macht durchzusetzen. Wie läßt sich die entstandene Lage zusammenfassend beschreiben?

Erstens ist die politische Einsicht verdrängt worden, daß Frieden im Atomzeitalter und in der Hochtechnologiegesellschaft nicht mit mehr und mit besseren Waffen errüstet werden kann. Das belegen schon die anhaltend hohen Militärausgaben. Die Militärhaushalte der meisten Staaten, allen voran der G 7, sind auch nach dem Ende des Kalten Krieges auf ihrem hohen Niveau geblieben, die Japans, Frankreichs und Chinas sind sogar weiter gestiegen. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß Japan mit

rund 50 Milliarden, Frankreich mit rund 40 Milliarden, Großbritannien und Deutschland mit rund 30 Milliarden Dollar im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung das Vielfache von dem aufwenden, was mit rund 30 Milliarden Dollar China ausgibt. Selbst Rußland, G 8, dessen Militärausgaben infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs deutlich geschrumpft sind, hatte 1995 immer noch etwa 80 Milliarden Dollar für militärische Zwecke übrig. Der Militäretat der Weltführungsmacht aber befindet sich trotz eines Rückganges seit 1990 (40 Md.) immer noch in schwindelnder Höhe, nämlich bei 250 Milliarden Dollar. Das ist absolut das Achtfache von dem, was das riesige China aufbringt. (Unterschiedliche Militär-Lasten)

Lassen wir uns also nichts vormachen, von wem die Gefahren für den Frieden ausgehen und wofür man den Menschen auch nach dem siegreich beendeten Kalten Krieg noch solche enormen Rüstungslasten aufbürdet. Eine militärische Bedrohung kann vom Islam und von den anderen Kulturen, die der westlichen gegenüberstehen, überhaupt nicht ausgehen. Die militärische Macht, die Fähigkeit, Politik mit militärischer Gewalt durchzusetzen, liegt eindeutig bei den Staaten, die sich als westliche Wertegemeinschaft verstehen.

Eine weitere makabre Tatsache ist, daß die bevorrechteten Sicherheitsratsmitglieder, die im Auftrag der Nationen für Frieden und Sicherheit in der Welt sorgen sollen, 80 Prozent des Waffenexports betreiben und so erst ermöglichen, daß manche Konflikte in der sogenannten Dritten Welt mit Waffen ausgefochten werden.

Zweitens ist die Gefahr des Menschheitstodes durch Waffenanwendung nicht behoben. Nach wie vor sind die Arsenale mit Waffen gefüllt, die alles menschliche Leben vernichten können, und ihre Besitzer weigern sich, sie abzuschaffen. Der START-Vertrag, mit dem wenigstens die Zahl der strategischen Kernwaffen vermindert werden sollte und der als Einstieg in die atomare Abrüstung verstanden werden konnte, ist noch nicht einmal ratifiziert. Noch immer sind Kernwaffen auf deutschem Boden stationiert, warum und wozu?

Die NATO-Staaten, der übrigen Welt als Musterdemokratien empfohlen, halten sogar an der Absicht fest, Kernwaffen als erste einzusetzen, was das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit und an der Menschheit wäre, und sie lassen sich darin auch nicht von dem Europäischen Gerichtshof irritieren, der dies in einem Gutachten für rechtswidrig erklärt. Rußland folgt dem schlechten Beispiel und hat in seiner Militärdoktrin den 1982 von der Sowjetunion erklärten Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen

zurückgenommen. (Grundsätze der Militärdoktrin der Russischen Föderation)

Drittens ist nicht mehr die Rede von dem in der Charta von Paris vereinbarten Vorhaben, den europäischen Frieden auf der Grundlage des KSZE-Prozesses zu befestigen. Statt dessen rückt die NATO mit ihrer Militärorganisation vor und teilt Europa weiter östlich sicherheitspolitisch in die Eigenen und die Fremden.

Nicht genug damit, daß für das Verteidigungsbündnis, dem gemeinerweise der Feind abhanden gekommen ist, Ersatzfunktionen gesucht und gefunden worden sind, wird nun auch noch die bisher zivile Europäische Union militarisiert. Ihrem an Massenarbeitslosigkeit und Sozialgerechtigkeitschwund erkrankten Körper soll nun ein militärischer Arm wachsen. Die militärisch denkenden Europatrioten brauchen eine sogenannte europäische Verteidigungsidentität, um Militäroperationen in eigener politischer und militärischer Verantwortung, also unabhängig von den USA ausführen zu können. Das Eurokorps steht schon, Alliierte Streitkräftekommandos werden aus NATO-Stabsstrukturen gebildet und zur Verfügung gestellt. Geheime Absprachen, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU eine nukleare Komponente zu geben, lassen das Schlimmste befürchten.

Viertens: Den Klimawechsel, den die Rüstungs- und Machtpolitik brauchte, führte der Golfkrieg herbei, gefolgt von den anderen fahrlässig oder gewollt entfesselten Kriegen von Jugoslawien bis Tschetschenien. Die Kriegsberichterstattung drängt seitdem das Friedensdenken in den Hintergrund.

Das souverän gewordene Deutschland verstand Souveränität zuallererst als Freiheit zum Gebrauch militärischer Macht und benutzte die Abscheu vor dem Krieg auf dem Balkan für eine verteidigungspolitische Wende. Hinter dem Rücken der Bürger und ohne die Entscheidung des Parlaments, des Gesetzgebers, verkehrte die Regierung mit Billigung des Verfassungsgerichts den Verteidigungsauftrag in einen Interventionsauftrag. Nunmehr gibt es, so der Außenminister, „keine Landkarten, die einen Bundeswehreinsatz im vornherein ausschließen“. (Klaus Kinkel)

Für den Verteidigungsminister „ist der Feind die Instabilität der historischen Entwicklung in Europa“, und „in der Sphäre der ehemaligen Sowjetunion sind Veränderungen sicherlich nicht irreversibel“, meint er. „Darauf müssen wir reagieren können. Die Deutschen müssen lernen, daß man Streitkräfte als Vorsorge braucht.“ (Volker Rühe) Deutschland will mit Streitkräften in der Sphäre der ehemaligen Sowjetunion reagieren (!?) - eine beängstigende

Vorstellung. Das alte Feindbild ist doch noch sehr lebendig, vergessen sind aber anscheinend die alten Erfahrungen.

Erstmalig wieder ist Deutschland mit Kampftruppen im Ausland, vorerst im Zeichen der Friedensstabilisierung, was die Kritiker irritiert und der Kritik die Spitze nimmt. Aber Frieden ist nicht die einzige Option für Kampfeinsätze. Die Bundesregierung definiert den Auftrag der Streitkräfte nicht nach Maßgabe des Friedens, sondern nach Maßgabe vitaler deutscher Sicherheitsinteressen, und die sind sehr weit gefaßt, bis hin zum freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen. (Wolfgang Scheler)

Darauf werden die Soldaten - es sind unsere Mitbürger, unsere Kinder und Enkel - geistig vorbereitet. In der Zeitschrift „Truppenpraxis/Wehrausbildung“ liest sich das so: „Die Soldaten der Bundeswehr und ihrer NATO-Partner sind hervorragend dafür ausgebildet, gegen andere Soldaten erfolgreich zu kämpfen. Nur werden sie es in diesem Jahrzehnt und danach wahrscheinlich nicht mit disziplinierten und modern ausgerüsteten Soldaten im westlichen Sinne, sondern mit Kriegern zu tun haben - mit Banditen, die keine Loyalität kennen, aus Gewohnheit Gewalt anwenden“ und „brutal wie nie zuvor“ sind... „Für den Soldaten der westlichen Demokratien mit seinen ethischen und moralischen Prinzipien ist der Krieger ein gefährlicher Feind... Bundeswehrsoldaten haben keine Vorstellung von der Grausamkeit, zu der diese Art Krieger fähig sind... Es wäre jedoch unklug, sie nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. Deutschland wird um eine Beteiligung an diesen Kriegen gebeten werden... Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“ (Reinhard Herden) Soweit die vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegebene Zeitschrift für Führung, Ausbildung und Erziehung.

Hier erhalten wir unfreiwillig Aufklärung über die wirklichen Konsequenzen des neuen Auftrags an die Bundeswehr. Das müssen alle wissen, damit niemand wieder sagen kann, er habe es nicht gewußt. Verbreiten wir diese Bekenntnisse militaristischen und rassistischen Soldatentums, damit sie ihre aufklärend abstoßende Wirkung tun können!

Man könnte die Reihe der politischen Handlungen, die allesamt auf den aktiveren Gebrauch militärischer Macht, nicht aber in Richtung auf eine Demilitarisierung der Politik gehen, mühelos fortsetzen. Aber es reicht wohl aus, um zu verdeutlichen, welcher Situation sich die Friedensbewegung heute gegenüber sieht.

Unwillkürlich kommt mir der Gedanke: Müßte Rainer Eppelmann nicht im Kern die Fragen, die er zu Recht an die damalige Regierung gestellt hat, auch an die jetzige Regierung stellen? Doch uns geht es nicht um Personen, sondern um Programme. Wir jedenfalls, so denke ich, müssen Fragen an die Regierung stellen und unsere Forderungen erheben. In Anlehnung an den Berliner Appell können wir heute sagen: **Die in West und Ost, in Nord und Süd angehäuften Waffen werden uns und die anderen Menschen nicht schützen, sondern vernichten. Gehen wir neue Wege, um dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben!** Das ist und bleibt der Kernsatz unserer Friedenskonzeption.

Was ich also in Antwort auf die eingangs gestellte Frage, ob die in den achtziger Jahren entstandene Friedenskonzeption überholt oder noch gültig ist, sagen will, ist folgendes:

Damals war der hochmilitarisierte Ost-West-Konflikt der Ausgangs- und Ansatzpunkt für eine neue, zeitgemäße Friedenskonzeption, für gemeinsame Sicherheit und Frieden ohne Waffen. Den Ost-West-Konflikt haben wir nicht mehr, geblieben ist uns aber das Militärpotential der garantierten Menschheitsvernichtung. Was wir heute haben, sind andere Gegensätze und Konflikte, aber geblieben ist, daß sie militarisiert sind oder militarisiert werden.

Der Ost-West-Konflikt war, das können wir jetzt erkennen, nur das Besondere eines allgemeineren Tatbestandes, einer Welt in Waffen und des politischen Denkens in militärischen Kategorien. Das Allgemeine ist die militärische Denkweise der Politik, sind ihre Militärapparate. Uns schien es in der Hochzeit der Friedensbewegung nur so, als sei die Militarisierung der Politik gebunden an die Spezifik eines Konflikts sozialer Systeme und Ideologien. Aber nur das Besondere hat sich überholt, das Allgemeine ist geblieben und erscheint nun als ein neues Besonderes.

Wenn das aber so ist, daß sich gegenüber der Konfliktlage im Kalten Krieg nicht das Wesen, sondern nur die Formen der Friedensbedrohung geändert haben, warum suchen wir dann nach einem grundlegend neuen Ansatz für die Friedensbewegung? Wenn wir feststellen können, daß das alte Denken über Frieden und Sicherheit wieder die Politik bestimmt und auch die öffentliche Meinung weitgehend zurückerobert hat, obwohl die Gründe, die es in den achtziger Jahren ad absurdum geführt haben, ihrem Inhalt nach weiter bestehen, warum soll dann unser alternatives Friedensdenken aus jener Zeit nicht mehr zeitgerecht sein?

Der Ansatzpunkt für eine starke und politisch eingreifende Friedensbewegung kann nach meiner Meinung nur dort sein, wo die militärische Abschreckung und das Denken in den Kategorien der militärischen Sicherheit vor den Richterstuhl der Vernunft gezerrt und verworfen worden sind. Die grundsätzliche Kritik dieses politischen Denkens und Handelns ist bereits geleistet, und wir sollten uns auf die Stärke unserer konstruktiven Gegenposition besinnen, anstatt uns vom Grundsätzlichen ablenken zu lassen und der Politik der Mächtigen in die Niederungen falschgestellter Fragen zu folgen.

Natürlich hätten sie es gern, wenn sich die Friedensbewegung zerstreitet über die Frage, ob Gewaltanwendung sich ohne Ausnahme für Pazifisten verbietet oder ob unter Umständen Gewalt zum Schutz bedrohten Menschenlebens moralisch vertretbar und geboten ist. Ein kaum lösbarer moralischer Konflikt zwischen zwei Übeln wird an die Stelle der großen Menschheitsfrage nach dem Fortschritt zu einem gewaltfreien Frieden gesetzt. Wenn wir uns darauf einlassen, auf diesem schmalen Grad zu wandeln, aus dem die Legitimation für den Kampfeinsatz deutscher Soldaten in fremden Ländern hergeleitet wird, dann haben sie uns da, wohin sie uns haben möchten, in der Bedeutungslosigkeit.

Manchmal wird mir entgegengehalten, damals, beim Kampf gegen die atomare Nachrüstung habe die Friedensbewegung ihre Kraft daraus bezogen, daß sie eine Einpunktbewegung gewesen sei, und heute gebe es diesen einen Punkt nicht, auf den sie konzentriert werden könnte. Das stimmt aber nicht. Sie hat in West und Ost deshalb eine starke politische Kraft sein können, weil sie ein unmittelbar empfundenenes Lebensbedürfnis vieler Menschen artikuliert und weil neue Erkenntnisse die bisherigen Vorstellungen sprengten und plötzlich den ganzen Widersinn, die Ungeheuerlichkeit und Unerträglichkeit der vorherrschenden politischen Meinung und militärischen Instrumentarien erhellte. Die Auseinandersetzung um SS 20 und Pershing II bildete nur den Fokus, der die Energien bündelte.

Nicht nur die Vor- und Nachrüstung, nein, die Politik der Stärke als Ganzes und das Gleichgewicht des Schreckens, die gesamte Ideologie des Kalten Krieges verfielen damals der Ablehnung. Ein über Jahrzehnte aufgebautes und im gesellschaftlichen Bewußtsein befestigtes Gedankengebäude war zum Einsturz gebracht und ein umwälzend neues auf seinen Trümmern errichtet worden. Es war wie der Ausbruch aus einem Gedankenkäfig, in dem das Denken und Fühlen, die Wertvorstellungen bis dahin gefangen waren.

Der Aufbruch zu neuen Horizonten hatte die Dimension der historischen Einmaligkeit. Nicht nur die atomare Bedrohung und der Kalte Krieg sollten beendet werden. Wir griffen nach höheren Zielen. Auf einmal schien der historische Augenblick gekommen, daß wir die Vorgeschichte der Zivilisation mit ihren Kriegen und Gewalttaten hinter uns lassen könnten. Von der archaischen Form der Interessenkämpfe zu einer Ära wirklich menschlicher Streitkultur fortzuschreiten, lag greifbar nahe. Möglich schien, die Politik sukzessive zu entwaffnen, auf daß sie nicht mehr imstande ist, die Feder mit dem Degen zu vertauschen. Die Politik sollte ein für allemal ihre militärische Denkweise ablegen. Das Neue Denken war ein planetarisches Denken in weltbürgerlicher Absicht.

Daß es sich zunächst als eine Illusion erwiesen hat, ist kein Grund, es zu vergessen. Soweit die Menschen bewußt Geschichte machen, machen sie sie mit Illusionen. Illusionen mit einem menschlichen Anliegen und realen Hintergrund sind eine geschichtsmächtige Kraft. Wann aus ihnen umwälzende Praxis wird, das ist eine Frage des Zeithorizonts, denn was kühne Ziele und Entwürfe dieser Art illusionär macht, ist nicht ihr Inhalt, sondern sind die zu einem bestimmten Zeitpunkt noch nicht gegebenen Bedingungen ihrer Realisation.

Die Friedensideen der achtziger Jahre, der Geist dieser Zeit, der in einem neuen Friedensdenken seinen konzentrierten Ausdruck fand, das ist es, was wir dem rückfälligen Zeitgeist von heute entgegensetzen müssen. Wenn wir wieder politisches Gewicht aufbringen wollen, müssen wir den großen Entwurf für einen zivilisierten Frieden im Atomzeitalter, im Zeitalter der Hochtechnologie und Ökologie, ins Bewußtsein zurückholen, gegen den Chor von Politik und Medien, der unsere Gehirne verkleistern will. Ich behaupte: Die Friedenskonzeption, die damals Furore machte und der etablierten Politik die Kreise störte, das ist die zeitgemäße, die heute gültige. Ihre Modifikation ist weniger nötig beim Was, als vielmehr beim Wie, vor allem aber beim Wer.

Wahr ist freilich, daß Volksmassen immer nur aus unmittelbarer Betroffenheit zu aktivem Handeln bewegt werden. Im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges werden die Gefahren einer verfehlten Sicherheitspolitik nicht so unmittelbar, so hautnah spürbar. Die noch im Verborgenen lauenden Gefahren erzeugen keinen Widerstand der großen Zahl. Deshalb halte ich es für ganz richtig, wie es der Friedenspolitische Ratschlag in Kassel getan hat, an der Stelle anzusetzen, wo heute vor allem der Nerv der Menschen getroffen wird: bei der Frage, was diese falsche, verhängnisvolle Politik die Menschen

kostet, wo ihnen doch gleichzeitig die Mittel zum Leben gekürzt und soziale Leistungen entzogen werden.

Kleinmut angesichts momentaner Reglosigkeit und des Nichtverstehens der sicherheitspolitischen Weichenstellung bei der großen Mehrheit der Menschen ist aus dem Blickwinkel historischer Abläufe unbegründet. Es bedurfte vieler Anläufe, erschütternder äußerer Ereignisse und immer neuer Anstürme der Friedensbewegung, bis nach Jahrzehnten der Durchbruch gelang. Auch heute werden neue Erfahrungen, neue geistige Kämpfe und praktische Aktionen notwendig sein, bis die Menschen sich überzeugen, daß es nach wie vor keinen anderen Ausweg aus der Gefahr gibt, als die Waffen abzugeben. Und die Gefahr wird größer, wenn die gegenwärtige Effizienzrevolution menschlicher Produktivkräfte für eine Effizienzrevolution der Streitkräfte, der Waffensysteme und Kampfführung mißbraucht wird. Es ist wie damals: **Nur Umkehr kann uns retten.**

Quellen:

Berliner Appell. In: Rainer Eppelmann, Wende - Wege. Bonn, Berlin 1992.

Siehe Unterschiedliche Militär-Lasten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Januar 1997.

Siehe Grundsätze der Militärdoktrin der Russischen Föderation (Darstellung). In: DSS - Arbeitspapiere, Heft 11.1 - 1994, herausgegeben von der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., S. 5.

Klaus Kinkel, Deutsche Außenpolitik in einer neuen Weltlage. In: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 76/1994, S. 715.

Volker Rühle, zitiert in: Sächsische Zeitung vom 3. Mai 1995, S. 4.

Siehe Wolfgang Scheler, Der neue Auftrag für die deutschen Soldaten - ein Friedensauftrag? In: DSS - Arbeitspapiere, Heft 27 - 1996, herausgegeben von der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Reinhard Herden, Die neue Herausforderung (2), Die Wandlung des Gegners vom Soldaten zum Krieger. In: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Zeitschrift für Führung, Ausbildung und Erziehung 3/1996, herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung. S. 140 ff.

Gerda Zellentin

Gesellschaftliche Gruppen und nichtmilitärische Konfliktbearbeitung - Chancen und Risiken

Wenn wir in diesen Tagen an die Bombardierung dieser Stadt denken: an die Menschenopfer, die Zerstörung der Altstadt, der Kulturdenkmäler, aber auch an die Tatsache, daß Kasernen und Industrieanlagen bezeichnenderweise verschont blieben, dann erkennen wir, daß sich Waffengewalt und militärisches Denken sehr oft jeder Ziel-Mittel-Ratio entziehen. Auf dieser Einsicht beruhen auch das Friedensangebot des Grundgesetzes und die Verpflichtung, die wir bei der Vereinigung im 2+4-Souveränitätsvertrag eingegangen sind, nämlich, daß von deutschem Boden in Zukunft nur Frieden ausgehen soll.

Nehmen wir diese Verpflichtung ernst und hören wir dazu Außenminister Kinkel, daß Deutschland nach dem Kalten Krieg „von Freunden umzingelt“ ist, bzw. Verteidigungsminister Rühle, daß die Mehrzahl der Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu beheben wäre, dann erscheint die zivile oder nichtmilitärische Konfliktbearbeitung rein logisch als eine einschlägige Strategie. Politisch dagegen könnte sie die militärische Konfliktbeilegung vorerst kaum ersetzen, wohl aber dazu beitragen, die alleinige Zuständigkeit bewaffneter Kräfte für die Konfliktregelung aufzuheben. Das ist schon viel, denn damit wird deutlich, daß nicht nur Sieg und Niederlage über den Ausgang eines Konflikts bestimmen, sondern auch Verständigung, Kompromiß und Zusammenarbeit dabei eine Rolle spielen. Wenn heute Anhörungen aller Bundestagsparteien und des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zur zivilen Konfliktbearbeitung stattfinden und wenn das Land Nordrhein-Westfalen dabei ist, einen Ausbildungslehrgang für zivile Konfliktbearbeitung zu installieren, dann deuten diese Aktivitäten auf ein allmähliches Umdenken hin.

In der politischen Praxis allerdings fehlt es noch an konsensfähigen Konzepten zur zivilen Prävention, Regulierung und Beendigung gewaltsamer Konflikte, d. h. der Prozeß der Überlegung ist noch nicht abgeschlossen. Ich möchte deshalb zu drei Fragekomplexen sprechen, die in der sozialwissenschaftlichen Friedensforschung ventiliert werden:

1. Was ist nichtmilitärische Konfliktbearbeitung, und wie verhält sie sich zur Dynamik gewaltsamer Konflikte?
2. Welches sind die hauptsächlichen Hemmfaktoren nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung?
3. Welche Möglichkeiten haben gesellschaftliche Gruppen (Nichtregierungsorganisationen, NRO)
 - a) bei der Vermeidung bzw. Prävention von Gewaltkonflikten,
 - b) bei der Regulierung ausgebrochener und eskalierter Konflikte,
 - c) bei der Friedenswahrung nach Konflikten (peace building)?

Eine Definition nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung entnehme ich dem Peacekeepers' Handbook der UNO. Demnach ist sie Teil der Friedenserhaltung, definiert als „die Prävention, Eindämmung, Vermittlung und Beendigung von Feindseligkeiten zwischen und innerhalb von Staaten mit dem Mittel [der] friedlichen Intervention einer dritten Partei; sie findet unter Leitung der UN statt und setzt dabei multinationale Kräfte aus Soldaten, Polizisten und Zivilisten ein, um den Frieden wiederherzustellen und zu erhalten“. In diesem Konzept ist ein großes Problem der Konfliktvermeidung und -bearbeitung bereits angelegt: Werden bewaffnete und zivile Akteure gemeinsam zur zivilen Konfliktbearbeitung eingesetzt, kommt es zur Vermischung von Friedenserhaltung und -erzwingung (enforcement), die sich nicht nur in Bosnien „als nicht praktikabel erwiesen“ (Eisele) hat. Nicht praktikabel ist dies vor allem deshalb, weil die Staaten die Kräfte ihres Gewaltmonopols, Soldaten und Polizisten, auch im machtpolitischen Interesse international einsetzen, wobei ihnen die zivilen Akteure durchaus in die Quere kommen können. Es besteht also in Theorie und Praxis eine Spannung zwischen militärischer und ziviler Konfliktbearbeitung, die besonders von den Großmächten vorzugsweise zugunsten der militärischen gelöst wird.

Die Befürworter der nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung sollten sich keine Illusionen machen: Solange Streitkräfte akzeptiert werden, muß sich die nichtmilitärische Konfliktbearbeitung auf eine längere Koexistenz mit der militärischen einstellen. Es ist deshalb unerlässlich, diese Koexistenz zu organisieren und für jede Stufe des Konflikts die Ziel-Mittel-Ratio und auch die Kosten-Nutzen-Relation der militärischen und zivilen Konfliktbearbeitung zu vergleichen. Nur so ist zu verhindern, daß bei Gewalteskalation rein gefühlsmäßig nur noch militärische Mittel als effizient propagiert werden.

In der Praxis käme es darauf an, beide strategischen Ansätze zur Kriegsvermeidung und Konfliktregulierung nebeneinander einzusetzen, mit dem Ziel, eine Drift ins Militärische mit zivilen Mitteln aufzuhalten.

Es ist seit der sogenannten „Friedensagenda“ des ehemaligen UNO-Generalsekretärs B. Ghali üblich, die Entwicklungsdynamik internationaler und ethnonationaler Konflikte in einem Phasenmodell darzustellen. Ich beziehe mich ebenfalls auf einen Konfliktbogen, um daran die Chancen einer zivilen Konfliktbearbeitung deutlich zu machen.

In der ersten Phase des Konflikts bauen sich die Gewaltpotentiale auf. Um das zu verhindern, ergeht meist von Dritten in Nichtregierungsorganisationen (z. B. International Alert) und wissenschaftlichen Instituten im UN-Rahmen eine Frühwarnung, d. h. sie schaffen Zeit und Anlaß für präventive Diplomatie, also für die Eindämmung und Deeskalation der Spannungen. In Wirklichkeit zeigt sich allerdings immer wieder, daß interessierte Beobachter eines Konflikts, die frühzeitig warnen, selten gehört werden. Die „Frühwarnungen“, die fact finding missions der UNO und anderer internationaler Organisationen und wissenschaftlicher Institute, werden von der Außen- und Sicherheitspolitik der Konfliktgegner und den interventionsbereiten Staaten einfach nicht wahrgenommen, und deshalb kann auch die Präventivpolitik nicht rechtzeitig einsetzen. Beispiel: Die Europäer in der EU gingen in dem sich anbahnenden und eskalierenden jugoslawischen Konflikt auf die anfangs von Jugoslawien geforderte zivile Gewaltvermeidung, nämlich durch stärkere europäische Integration, nicht ein. Der geeignete Zeitpunkt für die friedliche Vermeidung des Konflikts wurde hier, wie anderswo auch, verpaßt.

Die Gründe liegen m. E. nicht zuletzt an der repräsentativen Demokratie und ihren politischen Prozessen: Für die wahlabhängigen Politiker stellt jegliche Vermeidung einer Entwicklung ein Nichtereignis dar. Es ist weder als konkrete Leistung (bildlich) darzustellen noch bestimmten nationalen Politikern positiv zuzuschreiben und daher in Wahlkämpfen auch nicht tauglich, um Stimmen zu maximieren. Dieser Tatbestand wird akzentuiert durch die Massenmedien, die sich keine Mühe machen, Vermeidungserfolge als Siege darzustellen, zumal sie ohnehin spektakuläre Gewalthandlungen als Reality-Show aus Gründen der Einschaltquoten bevorzugen.

Wahlabhängige Politiker, einschaltquotenabhängige Medien und Militärs begünstigen somit eskalierte Konflikte, also die aufregende Gewaltsamkeit, um sich in ihrer Rolle dabei vorteilhaft darzustellen.

Die Vermeidung, gleich ob militärisch oder zivil, d. h. die frühzeitige Aktion, wird auch deshalb umgangen, weil sie internationale Verwicklung bedeuten und Folgekosten hervorrufen könnte. Eher arrangieren sich die Staaten im eigenen Machtinteresse mit den Konfliktparteien oder mit einer von ihnen

(wie Deutschland bei der völkerrechtlichen Anerkennung der jugoslawischen Teilstaaten). Damit verbauen sie sich allerdings ihre Glaubwürdigkeit für eine unparteiische präventive Diplomatie.

Die gesellschaftlichen Gruppen sind solchen Zwängen des repräsentativen Systems nicht ausgesetzt. Sie sind daher imstande, öffentlich zweierlei deutlich zu machen:

1. Der gesellschaftliche Nutzen des Vermeidungshandelns übersteigt bei weitem die Kosten der nachträglichen Reparatur von Schäden und noch mehr die der militärischen Erzwingung eines Verhaltens oder Ergebnisses. Es wäre die Aufgabe gesellschaftlicher Gruppen, bei nationalen und internationalen Institutionen auf eine Bewertung der Kosten militärischer Interventionen (wie in den USA üblich) in einer Technikfolgen- oder Umweltverträglichkeitsprüfung hinzuwirken, damit die sozialökologischen Belastungen militärischer Intervention vor dem Eingriff abgeschätzt und veröffentlicht werden können.

2. Es ist möglich, militärische und zivile Hilfeleistungen so einzusetzen, daß sie sich synergetisch, d. h. in der Summenwirkung bei der Konfliktdeeskalation verstärken. Dies ist eine schwierige, bislang ungelöste Aufgabe.

Präventive Friedenswahrung hieße, mit allerlei positiven Sanktionen, also Belohnungen (Gütertransfers, Hilfeleistungen), den Konflikt verhandelbar zu halten, die Opponenten kompromißfähig zu machen, Konfliktverstärker, wie die Medien, auf Ausgleich einzustimmen und Konfliktmanagement zu verstetigen.

Da Regierungen sich meistens taub stellen, käme in der 1. Phase des Konflikts auf die gesellschaftlichen Gruppen eine immense Aufklärungsarbeit zu, außerdem die Vermittlung zwischen Konfliktgegnern über internationale Netzwerke, die vor Ort (in der Gemeinde) tätig werden. Als Strategien kämen Vertrauensbildung und Interessenausgleich über kooperative Vorteilsgewinnung in Frage, die Einleitung der UN-Verfahren (Art. 33f. UN-Charta) sowie die Mobilisierung regionaler Organisationen und Gemeinschaften.

Im Fall Jugoslawien haben die gesellschaftlichen Gruppen in dieser Phase, nach eigenen Aussagen, ähnlich wie die Regierungen, wenig getan. Immerhin hat es 1991 die internationale Friedenskarawane (von 500 Menschen aus Europa) durch das ehemalige Jugoslawien gegeben, die mit Menschen auf der Straße, Politikern, gesellschaftlichen Gruppen und Kirchen Kontakte aufnahm, die später, während der Kämpfe, intensiviert wurden. Die gesellschaftlichen Gruppen haben Deeskalation eingefordert sowie, mit Unterstützung von Regierungen und Antikriegsgruppen, Kurse für nichtmilitärische Konfliktbearbeitung vor Ort organisiert.

Zweite Phase: Ausbruch von Gewaltkonflikten

Nach den Morden an Rotkreuzpersonal in Tschetschenien 1996 scheint bei den gesellschaftlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen die Meinung vorzuherrschen, daß sie sich in dieser Phase zurückziehen bzw. ihre Arbeit ruhen lassen sollten. Besondere Vorsicht sei darüber hinaus deshalb angezeigt, weil die Beziehungen zwischen zivilen Helfern und auch Blauhelmen, die unbewaffnet humanitäre Hilfe verteilen, und den sogenannten „robusten“, d. h. bewaffneten Blauhelmen, die militärische Flankierung bieten sollen, Unsicherheit hervorrufen. Die helfenden Blauhelmsoldaten sind ebenso wie die zivilen Friedensgruppen neutral, im Gegensatz zu den schießenden „robusten“ Blauhelmen, die Partei ergreifen gegen den Aggressor. Werden sie zur gleichen Zeit eingesetzt, leiden vor allem die zivilen Hilfeleistungen.

Eine auf die Opfer der kriegerischen Auseinandersetzung bezogene zivile Mission ist unter diesen Umständen kaum möglich. Nimmt aber die Unterstützung der betroffenen Bürger in den Kampfgebieten für die nichtmilitärische Konfliktbearbeitung ab, dann wächst das soziale und politische Chaos.

Vor dem gleichen Dilemma steht m. E. jede flankierende militärische Maßnahme. Sie setzt die neutrale Hilfe dem Verdacht der Parteilichkeit aus, weshalb auch nicht auszuschließen ist, daß sie letztendlich kriegsverlängernd wirkt (der Tribut an die Kriegsparteien beträgt ohnehin zwischen 20 und 30 % der internationalen Hilfsgüter).

Es wäre deshalb zu untersuchen, ob rein zivile Hilfeleistungen, von konflikt-erfahrenen, zivilen Helfern erbracht, die nach genauen und kontrollierten Absprachen mit örtlichen Behörden und kämpfenden Truppen der Zivilbevölkerung zukommen, nicht von allen Seiten eher angenommen würden als die militärisch flankierte Hilfe. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, daß der militärischen Flankierung erheblich viel mehr Ressourcen und Personal zur Verfügung stehen als der Hilfsaktion selber, die geschützt werden soll. In Somalia betrug das Verhältnis 10 : 1. Die Friedenstruppe für Bosnien kostet ebenfalls mehr als die Wiederaufbauhilfen von Regierungen und Internationalen Organisationen.

Im ehemaligen Jugoslawien haben gesellschaftliche Gruppen in der heißen Phase Anti-Kriegsgruppen (Kriegsdienstverweigerer und Deserteure) unterstützt und eine beachtliche Flüchtlingsarbeit geleistet. Den Flüchtlingen wurden Zufluchtsfamilien und -gemeinden in Deutschland vermittelt, Transporte organisiert etc.

Wichtig ist auch in der heißen Phase die Öffentlichkeitsarbeit der gesellschaftlichen Gruppen. Hier geht es einerseits darum, die hiesigen öffentlichen und privaten Medien zu einer ausgewogeneren Darstellung von Gewaltaktionen und gewaltfreien Aktionen und insbesondere von Vermeidungserfolgen zu bewegen, und andererseits darum, die Konfliktbetroffenen und -beteiligten am Ort des Kriegsgeschehens mit unabhängigen Informationssendungen zu versorgen. Ein Ziel ist, der oppositionellen kriegsfeindlichen Berichterstattung gegen die ethno-nationalistischen Haß- und Hetzkampagnen Gehör zu verschaffen. Vor allem aber ist Aufklärungsarbeit über die Möglichkeiten nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung zu leisten, und zwar gegen die herrschende Meinung, die die zivilen Maßnahmen offen als unwirksam verhöhnt.

Nichtregierungsorganisationen, wie die Helsinki Citizens Assembly, haben im ehemaligen Jugoslawien auch Vermittlung zwischen den verfeindeten ethnischen Gruppen eingeleitet, indem sie z. B. mit Kommunalvertretern aus Jugoslawien und den übrigen europäischen Staaten Hilfe zum Zwecke der Aussöhnung vor Ort angeboten haben. Hierbei spielte der Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe eine große Rolle: Kommunen, Bürger und Flüchtlinge lernten, durch Politisierung und Selbstorganisation ihre Möglichkeiten friedlich zu nutzen.

Grundsätzlich greifen Mediation und Vermittlung auf lokaler Ebene in der heißen Phase des Konflikts solange nicht, wie die Gegner meinen, am Konflikt profitieren zu können. Erscheinen die Vermittler zudem als parteiische Einmischer, werden die vermittelten Vereinbarungen draußen mit Gewalt rückgängig gemacht, umgangen oder nicht beachtet. Diese Wirkungen waren im ehemaligen Jugoslawien als Reaktionen auf die Vermittlungsversuche der sogenannten „Kontaktgruppe“ zu erkennen.

Das ernsthafte Verhandeln zwischen den Gegnern fängt erst in der dritten Phase an, die mit einer militärisch-politischen Ermüdungs- und Pattsituation beginnt. Bei einem andauernden Waffenstillstand stellen die Gegner wieder Kosten-Nutzen-Erwägungen an und bekunden ihr Interesse am Ende des Konflikts sowie am Wiederaufbau mit internationaler Hilfe. Das in der „Agenda für den Frieden“ sogenannte post-conflict-peace-building kann beginnen, nämlich die Transformation der Kriegsgesellschaft und -wirtschaft in eine Zivilgesellschaft, die auf dem Konsens der Gegner beruht und auf die Verankerung rechtsstaatlicher und liberaler Institutionen, Grundsätze und Verhaltensweisen gerichtet ist.

Der erste Schritt in diese Richtung besteht in der z. B. im Dayton-Abkommen sogenannten „Implementierung“ und Kontrolle des Friedens, also in Demobilisierung, Abrüstung und Ausgleich mit Hilfe einer internationalen

Friedenstruppe, vorzugsweise aus Polizisten. In der „Agenda für den Frieden“ heißt es, das Wiederaufflammen der Kämpfe soll verhindert werden, indem die „tiefsten Konfliktursachen [ausgeräumt werden]: wirtschaftliche Not, soziale Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung“. Diese Aufgaben zur Friedenskonsolidierung sind von zivilen Friedenshelfern besonders gut zu erfüllen.

Dieses peace building kann allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn die militärischen Vorkehrungen an Bedeutung verlieren, wenn nicht - wie derzeit in Bosnien - mit den Waffen der peace enforcer (insbesondere der USA) die ganze Region gleichgewichtig aufgerüstet wird.

Eine tiefgreifende strukturelle Transformation erfordert nicht nur einen beachtlichen Ressourcentransfer, sondern auch Akteure, die die Aufbringung und akzeptable Verteilung der Hilfsgüter übernehmen könnten.

Zunächst melden sich vor allem die finanzkräftigen Kreise, die sich - nicht zuletzt unter dem Druck der Globalisierung - um die Transformation der Kriegswirtschaft in eine Marktwirtschaft bemühen, sowie auch Regierungsvertreter, die sich für die Etablierung eines demokratischen Rechtsstaats einsetzen. Das geschieht auch im Interesse der Ausdehnung des eigenen politischen und wirtschaftlichen Einflusses. Die sozialen Gruppen (NRO) werden diese Risiken einer finanziellen Fremdherrschaft beim Wiederaufbau nicht vermeiden können, aber sie sollten sie zumindest nicht vergrößern. Wie wir wissen, kranken die internationalen Hilfsangebote nicht selten daran, daß die nationalen Geber versuchen, möglichst viel von ihren Beiträgen wieder zurückzubekommen. Den eigenen Firmen verschaffen sie Aufträge in den kriegsgeschädigten Gebieten, die dann ihrerseits nicht nur Ausrüstung und Material, sondern auch noch die nötigen Arbeitskräfte liefern und die Preise diktieren wollen, so daß ein von den einheimischen Kräften selbstgetragener Wiederaufbau eher behindert als gefördert wird.

Wird die Mittelverteilung internationalen Kreditinstituten überlassen, die der Nehmerseite die Konditionen diktieren, dann wird die Hilfe als Gängelung aufgefaßt und in der Wirkung blockiert. Vorzuziehen wäre deshalb eine Hilfe nach dem Prinzip des Marshall-Plans, nämlich gebunden an internationale Prozeduren und Strukturen, in denen die verfeindeten Gruppen über die Vergabe der Fremdmittel mitentscheiden und zu dem Zweck kooperieren, um die kommunale und regionale Versorgung und Infrastruktur gemeinsam wieder herzustellen. Dieses Modell müßte heute wieder bekannt gemacht und mit Hilfe von gesellschaftlichen Gruppen zur Vertrauensbildung und Kooperation eingesetzt werden. Das Besondere am Marshallplan war, daß die verfeindeten Länder in eine neue gesellschaftliche Formation ein-

gebunden wurden, die ihre Interessen und Verhaltensweisen veränderte. Heute ließe sich das gleiche Modell für ethnische Konflikte einsetzen. Die ethnonationale Identität könnte so bei Zunahme an Wohlfahrt durch internationale und interethnische Kooperation vor Ort verträglich gemacht werden. Bei jeglicher Hilfe und Kreditvergabe wäre zu gewährleisten, daß die Belange der Einheimischen vor denen der Geber rangieren.

In der Entwicklungspolitik arbeitet die Bundesregierung seit längerem mit Nichtregierungsorganisationen zusammen, nicht zuletzt deshalb, um die Pluralisierung der Nehmerseite voranzutreiben. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß sich nach Bürgerkriegen beim Wiederaufbau multiethnische Interessengemeinschaften bilden, die die ethnisch-nationalen Konfliktfronten überlagern.

F a z i t

Soweit eine kurze Skizze der Möglichkeiten nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung. Sie setzt einen Paradigmawechsel voraus, d. h. einen gänzlich anderen Umgang zwischen Streitenden, bei dem der frühzeitige rationale Diskurs über die Streitpunkte eine Gewalteskalation verhindert. Die gesellschaftliche Bewährung weist sich dann nicht mehr im Sieg des Stärkeren aus, sondern in der Prävention, Vermeidung und Regulierung von Gewaltkonflikten nach dem chinesischen Motto: „Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft.“ (Sun Tsu)

Es ist angesichts der neu übernommenen Aufgaben zur Friedenssicherung out of area im Rahmen der UN unbedingt erforderlich, ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept zu erstellen, in dem zur nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung die jeweils geeigneten Akteure mit den unterschiedlichen Aktionsebenen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Mit welchen zivilen Mitteln Vermeiden, Deeskalieren von Gewalt und Nachsorgen von Gewaltfolgen zu gestalten sind, ist eine der wichtigsten Fragen an eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die ihre Pflicht aus dem 2+4-Souveränitätsvertrag ernst nimmt und dafür sorgt, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen kann.

Hans-Jochen Vogel

Schalom und ade?

Kirchliche Friedensbewegung und Konziliarer Prozeß in der DDR wirken weiter

(Gewidmet dem Andenken an Bischof Gottfried Forck und Elisabeth Adler)

Eine nötige Vorbemerkung: Wenn ich von Kirchen spreche, spreche ich hier normalerweise von den evangelischen Kirchen, speziell den evangelischen Landeskirchen. Bei dem, was unter den Bezeichnungen „Ökumenische Versammlung“ oder „Konziliarer Prozeß“ bekanntgeworden ist, waren allerdings sowohl die evangelischen Freikirchen wie auch die römisch-katholische Kirche beteiligt. In den Friedens- und sonstigen Gruppen unter dem Dach der evangelischen Landeskirchen gab es eine Menge Menschen aus anderen Kirchen (auch aus der römisch-katholischen), wie auch zunehmend Nichtkirchenmitglieder oder dezidierte Nichtchristen. Das muß immer mit im Bewußtsein bleiben, wenn Sie die folgenden Ausführungen hören.

Wo lagen die Fundamente dessen, was man Kirchliche Friedensbewegung in der DDR nennen kann? Wer hat sie gelegt?

Zuerst einmal war da am Anfang die schreckliche Erfahrung des 2. Weltkrieges und der deutschen Niederlage.

Die Theologen, die für viele Jahre das Profil von Kirche in der DDR geprägt haben, kommen aus der eigenen Erfahrung des Krieges. Die Traumatisierung durch das Erlebte läßt bei ihnen, wie bei der Mehrzahl der Gemeindemitglieder und der Masse der Bevölkerung dieses Bewußtsein des „Nie wieder!“ entstehen: nie wieder Krieg, nie wieder Waffen, nie wieder Soldat spielen. Daß weltpolitisch inzwischen schon längst wieder eine neue Konfliktlinie gezogen wurde, daß an einer neuen Konfrontation gearbeitet wurde, daß ein vier Jahrzehnte währender „Kalter Krieg“ dabei war zu beginnen, das war den meisten damals unvorstellbar.

Als diese Entwicklung aber dann Tag für Tag voranschritt und immer direkter in das Leben der Menschen eingriff, mit Wiederbewaffnung, Propaganda-

krieg, Verfestigung von Grenzen, politischer Polarisierung, wirtschaftlicher Auseinanderdividierung, da waren es - aus leicht verständlichen Gründen - die Menschen, die Christen, die Kirchen im Osten Deutschlands, die in besonderer Weise mit den negativen Auswirkungen konfrontiert waren, jedenfalls in der spontanen Wahrnehmung, die nicht unbedingt die politischer und ethischer Reflexion am besten standhaltende ist.

Aufrüstung, deutsche Teilung, neue Kriegsgefahren und - siehe Korea! - bald auch neue Kriege; der globale Ost-West-Konflikt, 17. Juni 1953, die Entwicklung im Ostblock: erst Stalin, dann Entstalinisierung, aber das gleich wieder gekontert durch Ungarn 1956 (was man mit dem Nahostabenteuer Großbritanniens und Frankreichs zusammensehen muß). Es können hier nicht alle Einzelheiten aufgeführt werden, und es kann auch nicht darum gehen, hier Schuldfragen aufzurollen. Tatsache bleibt, daß in der DDR christlich-kirchlich motivierte Ablehnung von Krieg und Militär zu einem erheblichen Teil eben auch konkret bezogen war auf die Wirklichkeit von Rüstung, Armee, Gesellschaftspolitik, Ideologie und auswärtiger Politik dieses Landes und des Bündnissystems, dem es angehörte. Dabei spielte sicher kirchliche Restauration nach dem Schock des Krieges ebenso eine Rolle wie der traditionelle Antisozialismus/-kommunismus weiter Teile der Kirchen. Es wäre jedoch falsch, kirchliche Friedensethik und Friedensgesinnung durch eine Reduktion auf diese Tendenzen abtun zu wollen.

Es muß allerdings in dieser konkreten geschichtlichen Bezogenheit eine Ursache für ein Phänomen gesehen werden, das in den 80er Jahren dann massiv in Erscheinung getreten ist: Friedensbewegung kann in dieser Zeit nicht getrennt werden von einer auch andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berührenden politischen Kritik oder Opposition und von einer Absicht der Herbeiführung grundlegender politischer Veränderungen. Eben dies hat aber dann auch gelegentlich zur Folge, daß sich für manche damals Engagierte die Ablehnung von Militär und Rüstung in dem Fall erledigt, in dem nun das „richtige“ Militär zur Verfügung steht bzw. man ihm sich zur Verfügung stellen darf und in dem für Ziele gerüstet wird, mit denen man sich nun endlich glaubt identifizieren zu können. Da schon in der DDR gerade auch unter konservativ denkenden Christen eine pazifistische Einstellung *nicht die Norm* war, ist es eher *nicht* selbstverständlich, daß heute immer noch oder schon wieder ein nennenswerter Anteil von Christen dem Militärischen und dem, was sie als Gewalt definieren, kritisch bis ablehnend gegenübersteht.

Es gab natürlich in der DDR auch jene Christen, die sich aus Traditionen der Bekennenden Kirche und im Schulterschuß mit jenen westdeutschen Christen (wie Martin Niemöller), die sich der Wiederbewaffnung und der Atomrüstung widersetzen und die dem Kalten Krieg und seiner Logik Widerstand leisteten (und damit eben auch dem Antikommunismus), in den Bruderschaften und dann in der Christlichen Friedenskonferenz engagierten.

Ihre Bereitschaft, sich selbstkritisch mit der Geschichte der Kirchen und ihrer Rolle in Faschismus und Krieg auseinanderzusetzen, sowie ihre ökumenische Offenheit qualifizierten sie in besonderer Weise dazu, mit alten Denkmustern und Rollenverständnissen zu brechen und zu einer neuen Dimension christlichen Friedenszeugnisses vorzustoßen. Die Zementierung der Blockkonfrontation und der Sieg der restaurativen Kräfte in Ost und West, wie sie im kritischen Jahr 1968 symbolisch deutlich wurden, führten jedoch leider zu einer immer stärkeren Isolierung dieser Kräfte und auch dazu, daß sie teilweise in eine so starke Identifizierung mit dem östlichen System und seiner Politik getrieben wurden, daß ihre berechtigten Fragen und richtigen Einschätzungen von anderen nicht mehr als solche wahrgenommen wurden. Daß es hier immer auch Brücken, Dialog, Zusammenarbeit über Gruppen- und Richtungsgrenzen hinaus gegeben hat, muß dennoch vermerkt werden. Der Autor dieser Zeilen hat hier eine seiner Aufgaben gesehen (nicht ohne damit bei kirchenleitenden Personen Ängste und Verdächtigungen zu erzeugen).

Halten wir fest: Kirchliche Friedensarbeit in der DDR war auf ein politisches Umfeld bezogen, oftmals mehr unbewußt als bewußt. Wichtig war, daß sie nicht darin aufging, ein simpler Reflex auf die Tagespolitik zu sein, sondern daß in ihr ein genuiner ethischer Impuls vorhanden war, der ihr Glaubwürdigkeit verliehen hat.

Das, was dann unter dieser Überschrift Kirchliche Friedensarbeit oder Friedensbewegung von sich reden machte, entstand aus der erst einmal spontanen Bewegung der Wehrdienstverweigerer nach der Einführung der Wehrpflicht 1962.

Zum Verständnis dieses Prozesses ist ein Blick auf den Gesamtkontext der 60er Jahre nötig. Die 60er Jahre bedeuteten für Christen in der DDR, die politisch zu denken versuchten, zweierlei:

1. die Erkenntnis, daß die DDR nicht nur ein kurzlebiges Provisorium war, sondern auf absehbare Zeit der Ort, wo sie zu leben und ihren Glauben zu praktizieren hatten, setzte sich in der Breite durch;

2. in der ganzen Welt vollzogen sich Prozesse, die zur Neuorientierung im Denken und Verhalten führten: das 2. Vatikanische Konzil mit einer neuen Hinwendung der Katholischen Kirche zu den sozialen und politischen Fragen der Zeit; ein Neuaufbruch der Linken; Eurokommunismus; Entkolonialisierung; Bürgerrechtsbewegung in den USA; Kampf gegen die Apartheid in Südafrika, Vietnamkrieg und die sich ausbreitende Gegenbewegung; die Studentenbewegung; der Prager Frühling; der christlich-marxistische Dialog u. a.

Dies alles führte vor allem bei den jungen Christen, die sich dem Dienst mit der Waffe verweigern wollten oder dies getan hatten, einerseits zu einem Legitimationsdruck: Sie wollten der Gesellschaft zeigen, daß sie nicht nur Nein sagen und sich entziehen wollten, sondern daß sie, nach eigenen Vorstellungen und aus ihren eigenen Motiven heraus, auch positiv für den Frieden und eine bessere Zukunft, eine bessere Welt arbeiten wollten; andererseits lernten sie, ideologische Scheuklappen abzulegen, in weltweiten Dimensionen und politischen Kategorien zu denken. Von den 70er Jahren an entstanden aus diesem Suchen und Drängen heraus Friedensseminare, Friedensgruppen, mußten sich Kirchenleitungen und Synoden mit dem auseinandersetzen, was da an der Basis getrieben und gedacht wurde.

Diese so entstehende Friedensbewegung in der Kirche sah ihr Anliegen von der Bibel und einer recht verstandenen christlichen Überlieferung begründet und gedeckt und war immer bemüht, diese Verbindung zu ihrer Quelle aufrechtzuerhalten. Das hat ihr in den Augen von nur in politischen oder gar militärpolitischen Kategorien denkenden Menschen den Vorwurf des Neutralismus oder der Weltfremdheit eingetragen; auch konservative Kräfte in den Kirchen fanden die Positionen der Friedensbewegung schwärmerisch, einseitig oder „gesetzlich“ (ein besonders lutherisches Totschlagargument, mit dem jedes mißliebige konkrete, parteinehmende oder fordernde Engagement als Trübung des reinen Glaubens an die allein rettende Gnade Gottes denunziert wird). Es hat sich jedoch gezeigt, daß der ethische Impetus, der in der Friedensbewegung vorhanden war, einen harten Kern nicht hinterfragbarer notwendiger Gewißheiten und Grundentscheidungen enthielt, ohne den auch eine noch so „realistische“ Friedenspolitik nicht auskommt. Oder, um in der Terminologie Max Webers zu sprechen: Die „Verantwortungsethik“ muß zusammenbrechen, zum prinzipienlosen Pragmatismus oder puren Zynismus degenerieren, ohne den harten Kern der „Gesinnungsethik“. Dies nicht rechtzeitig wahrgenommen zu haben muß der DDR-Politik vorgeworfen werden.

Zum Verständnis dessen, was in der kirchlichen Friedensbewegung stattfand, muß auch noch erwähnt werden, daß es hier zu einer wechselseitigen Verstärkung zweier Faktoren auch im „ideologischen“ Bereich kam:

Einerseits wurde (vermittelt durch allerlei z. T. nicht sehr sinnvolle Spekulationen über das hebräische Wort Schalom, das einen sehr breiten Bedeutungsspielraum hat: Frieden, Heil, Gesundheit, Wohlergehen etc.) wiederentdeckt, daß in der Bibel die Friedensbotschaft umfassender zu verstehen ist denn nur als Abwesenheit von Krieg oder gar nur als der Friede des Herzens, sondern im Sinne von menschlichen Beziehungen, die Menschen zu Geschwistern machen, die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten gewähren, also durchaus im Sinne einer gerechten und menschlichen Gesellschaft. Dies aber berührte sich mit den Erkenntnissen der Kritischen Friedensforschung, die ebenfalls dabei war, einen umfassenderen Begriff von Gewalt zu entwickeln, der auch die Gewalt gesellschaftlicher Strukturen umschloß, um so zu einem positiven Friedensbegriff zu gelangen, der die Fragen der Gerechtigkeit und des menschlichen Wohlergehens im umfassenden Sinne einschloß.

Es ist dieser gedankliche Zusammenhang, in den sich die Entscheidung der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver einordnet, die maßgeblich von Christen aus der DDR herbeigeführt worden ist, einen weltweiten Prozeß der Vereinbarung unter den Christen und ihren Kirchen zu initiieren, der zu einem gemeinsamen Zeugnis der Christenheit in den drei großen Fragen von „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ führen sollte.

Es war dieser weltweit angelegte „Konziliare Prozeß“^{*}, der dann auch in der DDR zu den drei Sessionen der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung führte, die in umfassender Weise alternative Ansätze für gesellschaftliche Veränderungen formulierten, die m. E. den Ansatz für eine demokratische Revolution der DDR hätten bieten können, wenn der Ball aufgenommen worden wäre; so sind sie das Totengeläut dieses Staates geworden.

* Von Carl Friedrich von Weizsäcker und nach ihm von anderen war die Einberufung eines Friedenskonzils aller christlichen Kirchen gefordert worden. Ein Konzil ist eine repräsentative Kirchenversammlung, die grundlegende Entscheidungen über Leben und Lehre der Kirchen treffen kann. Da jedoch über den Charakter eines solchen Konzils, die Kriterien der Zulassung und die Verbindlichkeit seiner Aussagen keine einheitliche Meinung zu erzielen war, einigte man sich darauf, die durchzuführenden Versammlungen, incl. der Weltversammlung in Seoul, als mögliche Schritte (Prozeß) auf dem Wege zu einem wünschenswerten Konzil anzusehen.

Was rechtfertigt nun meine kühne Behauptung, Kirchliche Friedensbewegung und Konziliarer Prozeß in der DDR wirkten heute weiter? Wo denn? Wie denn?

Nun, einmal hat es ja als Teil der Friedensbewegung oder als ihren Ableger oder auch in partieller Überschneidung in den 80er Jahren eine in sich sehr differenzierte politische Bewegung gegeben, die sich besonders bei den DDR-weiten jährlichen Treffen „Konkret für den Frieden“ traf. Dort haben sich auch jene Gruppierungen gefunden und präsentiert und jene Personen profiliert, die dann 1989 im Herbst die Kristallisationskerne des politischen Umbruchs wurden - Leute, die dann z. T. professionelle Politiker wurden und dies, wiederum z. T., auch heute noch sind. Ich will jetzt keine Urteile über die Rolle fällen, die diese Menschen damals und seither gespielt haben; da gibt es große Unterschiede, man stelle etwa nebeneinander Rainer Eppelmann, Walter Romberg und Reinhard Schult.

Es hat in der Tat in jener Basisbewegung der Gerechtigkeits-, Friedens- und Ökogruppen, der oppositionellen oder emanzipatorischen Gruppierungen weithin ein Politikverständnis, ein z. T. ganz naives demokratisches Bewußtsein gegeben, das im Herbst 1989 bis ins Frühjahr 1990 hinein einmal kurzfristig in die Mitte der gesellschaftlichen Bühne gerückt ist und das in der deutschen Geschichte zu den wenigen Lichtblicken gezählt werden kann. Es hat sich damals gezeigt, daß der Zusammenbruch einer Ordnung nicht notwendig in einen Kampf jeder gegen jeden münden muß, sondern daß Chaos Kräfte der gemeinsamen Verantwortung, der Solidarität, der Kreativität freisetzen kann. Dazu hat m. E. die Arbeit wesentlich beigetragen, die in den Gruppen unter dem Dach der Kirche jahrelang geleistet worden ist. Und es gibt in der Tat viele, die damals aktiv waren, und die nicht bereit sind, ihre Einstellungen, ihre Ideen von damals auf dem Altar der Anpassung an den heutigen Zeitgeist zu opfern: Ich finde ihre Namen z. T. jetzt wieder bei den Unterzeichnern der Erfurter Erklärung (Heino Falcke, Edelbert Richter, Friedrich Schorlemmer...).

Viele von den damals Aktiven sind aber auch in die Strukturen dieser Gesellschaft eingewandert und haben mit den Orientierungen und den Kenntnissen, die sie mitbrachten, mitgeholfen, unter den neuen Bedingungen in Vereinen, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und wo auch immer soziales, internationalistisches, ökologisches und, allgemein: politisches Engagement zu organisieren.

Aber auch im engeren Sinne des Friedensengagements gibt es noch eine Kontinuität in den ostdeutschen Kirchen (von Kirche zu Kirche mit unter-

schiedlichem Gewicht). Das ist einmal die Rolle, die Christen und offizielle Vertreter von Kirchen gelegentlich an den Punkten spielen, an denen Widerstand gegen Militär, Rüstung, Militarisierung gefragt sind: beim Kampf gegen die weitere militärische „Nutzung“ des Wittstock-Ruppiner Bombodroms und der Colbitz-Letzlinger Heide, gegen Manöver in der Sächsischen Schweiz und beim Treffen der Ritterkreuzträger.

An keiner anderen Stelle jedoch wird die Kontinuität in der Friedensfrage so deutlich wie bei den Schwierigkeiten, die die ostdeutschen Kirchen bei der Einführung der sogenannten „Militärseelsorge“ machen. Für westdeutsch-konservative Augen werden hier Grundsatzfragen im Verhältnis von Staat und Kirche, ja der Rolle der Kirche in der Gesellschaft berührt.

Inspiziert vom Engagement ihrer Friedensgruppen und den in der Friedensbewegung aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hatten es die Kirchen in der DDR geschafft, sich in offiziellen Erklärungen von „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ zu distanzieren (1982/1987/1989). Wehrdienstverweigerung war als das „deutlichere Zeichen“ für den Friedenswillen von Christen erkannt worden. Nicht, wer den Dienst mit der Waffe verweigert, sollte sich für seine Entscheidung rechtfertigen müssen, sondern der, der zur Waffe greift. Schließlich formulierte die Ökumenische Versammlung in Dresden 1989 eine „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“ und fand zu folgenden Formulierungen:

„Wer im Vertrauen auf diesen Weg [Matthäus 5 21-22/Bergpredigt] in unserer Welt auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet, bezeugt damit den unter uns schon gegenwärtigen Frieden Gottes in der Welt, in der das Unrecht noch nicht überwunden ist. Er handelt im Vorgriff auf das verheißene Friedensreich Gottes. Diesen Weg erkennt die Kirche als eine Gestalt der Nachfolge Jesu, die in ihrer Deutlichkeit von keiner anderen Entscheidung übertroffen wird. ... Wehrpflichtige, die in der heutigen Situation Wehrdienst verweigern und ihre Entscheidung vom Evangelium her begründen, geben ein Zeugnis der Gewaltfreiheit. Sie handeln im Vorgriff auf eine zukünftige Weltfriedensordnung und leisten damit einen prophetischen Dienst.“

Die Frage ist, ob die „heutige Situation“ von damals, von der im Dokument der Ökumenischen Versammlung die Rede ist, eine grundsätzlich andere als die von heute ist. Kann also diese Formulierung als Hintertür benutzt werden, um sich aus der Verpflichtung, die man damals eingegangen ist, herauszustehlen. Erweisen sich also die wohlklingenden Erklärungen von

damals als Opportunismus? War im Kern der Sozialismus gemeint, wenn man gegen Kriegsvorbereitung, Militär und Krieg redete?

Gegen diese Vermutung spricht - wenigstens für einen großen Teil der damals Beteiligten - eben die weiterhin bestehende Ablehnung einer „Militärseelsorge“ nach Art Westdeutschlands im Osten: Kirchliche Seelsorge und Verkündigung an Soldaten soll in alleiniger Verantwortung der Kirche durch ausschließlich in ihrem Dienstverhältnis stehende kirchliche Mitarbeiter erfolgen statt durch rechtliche Zwitterwesen (Pfarrer als Bundesbeamte auf Zeit), deren Loyalität de facto eher beim Bundesministerium der Verteidigung als beim *ministerium verbi divini* (Dienst am Wort Gottes) festzumachen ist. Ob die jetzt für die „Ostkirchen“ ertrotzte Sonderregelung eines nicht fernen Tages den gesamten Militärseelsorgevertrag in ganz Deutschland ins Wanken bringen kann, ist noch ungewiß.

Ich würde mir für diese Frage wie auch für die anderen Bereiche, die ich andeutungsweise berührt habe, von den Friedensengagierten außerhalb der Kirche jedenfalls eine kritische solidarische Begleitung der Prozesse in der Kirche wünschen.

Natürlich gibt es in der Kirche bei manchen auch eine neue Arroganz der Macht und eine Siegermentalität - die ich allerdings angesichts massiver Probleme und Konflikte in den Kirchen, in der Gesellschaft und in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat schnell dahinschwinden sehe. Ich möchte jedoch darauf bestehen, daß es ein gemeinsames Erbe gibt, das uns verbindet, zu dem die alttestamentlich-jüdische und die christliche Tradition ebenso gehören wie die bürgerliche Emanzipations- und Menschenrechtslinie, die sozialistische Bewegung und eben auch die Friedensbewegung.

So verständlich es im Einzelfall sein mag, wenn neue Erfahrungen alte Feindbilder wiederbeleben, ich möchte die Nichtchristen unter Ihnen bitten:

Sorgen sie mit für eine differenzierte Betrachtung dessen, was in den Kirchen vorgeht! Helfen Sie mit, daß nicht auseinanderdividiert wird, was zusammenstehen sollte! Sorgen Sie mit dafür, daß in der Kirche jene Kräfte gestärkt werden, denen das Erbe der Friedensbewegung und des Konziliaren Prozesses noch etwas gilt!

Dies kann nicht dadurch geschehen, daß in der Weise der DDR-Führung (damals mit Hilfe des MfS) per „Differenzierung“ gute von bösen Christen getrennt und erstere gegen letztere ausgespielt werden, sondern unter Achtung und Förderung der Loyalität der Christen gegenüber ihren Kirchen, die sie ja insgesamt in jenem Sinne gestalten möchten, der uns gemeinsam am Herzen liegt.

Das folgende Dokument aus dem Sommer 1984 ist Ergebnis der Arbeit eines kleinen, sehr aktiven kirchlichen Friedenskreises. Es ist Teil eines Projektes „Frieden in Europa“, das wir im Frühjahr 1984 begonnen hatten. Unser Ziel war, sich abzeichnende Prozesse auf unserem Kontinent zu reflektieren und rechtzeitig eine Diskussion darüber in Gang zu setzen. In einem begrenzten Umfang ist uns dies damals (wir haben uns mehrere Jahre damit beschäftigt) auch gelungen. Da offenbar in beiden deutschen Staaten das Wahrnehmungsvermögen besonders getrübt war und die Friedensbewegung durch ihre Fixierung auf die Frage der Atomraketen demoralisiert (Bundestagsabstimmung im Herbst 83) und zudem in ihr das weiterreichende politische Denken nicht entwickelt genug war, hatten wir es nicht leicht, für unsere Gedanken Aufmerksamkeit zu finden. Die Bezirksverwaltung des MfS phantasierte wiederum in unsere (un)bescheidene Initiative den neuesten gefährlichen Versuch der Gründung einer blockübergreifenden gesamteuropäischen Friedensbewegung hinein und reagierte entsprechend nervös.

In einer Zeit, in der Geschichte wieder umgeschrieben und zurechtgebogen wird, in der Erinnerungen nach ihrer Paßförmigkeit für genehme politische Verwendung selektiert werden, sollen mit der Wiedergabe dieses Papiers von 1984 nicht nur nach wie vor gültige Aussagen wiederholt werden, sondern es soll Zeugnis gegeben werden von einer Friedensarbeit, zu deren Intentionen und zu deren Reflexionsniveau wir uns nach wie vor bekennen können und in deren Tradition wir uns weiterhin sehen.

Hans-Jochen Vogel

Überlegung zu den Aufgaben und Chancen einer Konferenz der Kirchen Europas und Nordamerikas über den Frieden, die Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung aus der Situation eines Landes in Mitteleuropa mit sozialistischer Grundorientierung

1. Das heutige Europa als Ergebnis von jahrhundertelanger Herrschafts- und Eroberungspolitik

Die Position Europas in der Welt ist seit 500 Jahren mit der Entwicklung des Kapitalismus verknüpft und wird durch diese bestimmt. Der Kapitalismus hat die Gesellschaft in allen Bereichen verändert und alle Lebensbereiche der Menschen verwandelt (die Gesetze von Konkurrenz und Profit, des Wachstums als Bedingung des Überlebens, der Herrschaft des Tauschwertes über den Gebrauchswert, der Vermarktung von Kapital und das heißt: von menschlicher Arbeitskraft). Die Arbeit änderte ihren Charakter ebenso wie Wissenschaft, Technik, Kultur und Religion. Die Bedeutung von Naturreichtümern stieg. Kämpfe um Ressourcen und Märkte wurden geführt: Nationalstaaten bildeten sich heraus und kämpften um Vormachtstellungen. Die Folge war eine endlose Kette von Kriegen mit den Höhepunkten des I. und II. Weltkriegs. Nach den Kriegen änderten sich die Kräftekonstellationen, und damit wurden jeweils neue Konfliktpotentiale aufgebaut.

Es entstanden auch politische Widerstände gegen diese Abläufe: Revolutionen, sozialistische Bewegung, pazifistische und Friedens-Bewegungen, das sozialistische Lager. Noch ist nicht erkennbar, inwieweit der Frieden damit eine größere Chance erhalten hat.

Fragen: Muß die Existenz des sozialistischen Lagers vorrangig als Faktor des Friedens gewertet werden oder kann es nur als weiterer Konfliktfaktor im Rahmen traditioneller Machtrivalitäten verstanden werden?

Gibt es unabhängig vom Kapitalismus ein europäisches Erbe von Demokratie, Pluralität, Polyzentrismus, Emanzipation, das für die Zukunft genutzt werden kann?

Kann der Sozialismus seinem Anspruch der Eröffnung einer Alternative zur Gewaltgeschichte Europas gerecht werden oder ist er schon von dieser eingeholt worden?

2. Europa lebt nicht für sich allein. Die europäische Situation kann nur im Zusammenhang der Weltsituation betrachtet werden.

Die Entwicklung des Kapitalismus in Europa und dessen, was wir die europäische Zivilisation nennen, ist nur durch die Ausplünderung der menschlichen und natürlichen Reichtümer anderer Erdteile - und somit auch durch die politische Herrschaft über sie - möglich gewesen. Die führenden Mächte Europas - eigentlich jedoch deren herrschende Schichten - übten gleichzeitig die Herrschaft über die übrige Welt aus. Darin liegt auch ein entscheidender Grund für die rasante wissenschaftlich-technische Entwicklung in Europa. Ebenso liegt hier die Ursache für die Zerstörung der ökonomischen und politischen Strukturen, für die Rückständigkeit und Verelendung in dem, was wir heute 2/3-Welt nennen.

Europa insgesamt profitiert heute noch - in unterschiedlichem Maße - von diesen Vorgängen (durch den einmal geschaffenen Vorsprung und die Fortsetzung der Ausbeutung durch Neokolonialismus und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung). Das ermöglicht vor allem in Westeuropa teilweise erheblichen Überfluß und erschwert es vielen Menschen, eine sachliche Antwort auf die Frage nach einer humanen Gesellschaftsordnung zu finden (kapitalistischer Wohlstand in einigen Ländern wird unabhängig von kapitalistischem Elend in anderen Ländern betrachtet und sozialistischen „Mängeln“ gegenübergestellt).

Europa hat in zwei „Weltkriege“ schon große Teile der übrigen Welt verstrickt und ist auch heute durch Einflußnahme und Waffenlieferungen an außer-europäischen Konflikten beteiligt. Außerdem werden der übrigen Menschheit durch Hochrüstung gewaltige Ressourcen entzogen.

Europa kommt in einer extrem ungerechten und unfriedlichen ökonomisch-politisch-militärischen Weltordnung ein wichtiger Platz zu. Dabei zählt Westeuropa heute mit den USA und Japan zu den Hauptnutznießern dieser Weltordnung und teilt sich mit ihnen in die Anstrengungen in ihrer Aufrechterhaltung gegen die Lebensinteressen der Völker der 2/3-Welt. Westeuropa ist für die „Weltmacht Nr. 1“, die USA, wichtig zur Verfolgung ihrer weltweiten ökonomischen und politisch-militärischen Interessen. Gleichzeitig bietet die globale Vormachtstellung der USA den Ländern Westeuropas und ihren herrschenden Kreisen Sicherheit und günstige Bedingungen zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen.

In den letzten Jahren haben sich jedoch die Konkurrenzbeziehungen und Interessenkonflikte zwischen den Zentren der kapitalistischen Weltordnung verstärkt.

Fragen: Ist die starke Anlehnung politischer Kreise in Westeuropa an die USA in Fragen der internationalen und der Rüstungspolitik (Raketenstationierung), ist aber auch der teilweise Widerstand (etwa gegen die Mittelstrecken-Abrüstung) aus dem Bestreben zu erklären, die Bindung an die USA und damit das Fortbestehen der gegenwärtigen Weltordnung unbedingt zu sichern.

Steht dahinter die Angst vor schwerwiegenden, ja dramatischen Konflikten mit den USA, wenn es zu einer „Abkoppelung“ kommen sollte - etwa so, daß Westeuropa mit Osteuropa (einschließlich der Sowjetunion) zusammen dann zum weltpolitischen Rivalen und Gegner der USA werden und sich damit deren Feindschaft zuziehen könnte?

Wird also der „Gegner im Osten“ benötigt, um einem westlichen Bündnis, das zunehmend zentrifugale Tendenzen zeigt, durch den militärischen Faktor Zusammenhalt zu verleihen?

Wie soll es weitergehen, wenn die Sowjetunion immer weniger dem benötigten Feindbild entspricht und immer stärker als Partner und wichtiger Faktor einer neuen Ordnung des Zusammenlebens in Gesamteuropa ins Bewußtsein der Öffentlichkeit tritt?

Sind wir auf die Veränderungen vorbereitet, die sich hier anbahnen?

Wie und in welchem Sinne wollen und können wir in sie eingreifen?

Wie müßte ein Europa seine Beziehungen zur übrigen Welt gestalten, das nicht mehr mit den USA (und Japan) eine führende Position in einer Weltunterdrückungs- und -ausbeutungsordnung hat? Wie hätte es Politik, Ökonomie und Lebensweise zu ändern?

3. Bedingungen für einen dauerhaften Frieden in Europa Fragestellungen für Arbeitsgruppen

Vorübergehende Abwesenheit von Kriegen kann, wie die Geschichte lehrt, in Europa nicht als stabiler Friede betrachtet werden. Zu oft waren „Friedenszeiten“ nur Zeiten der Vorbereitung neuer Kriege. Es ist daher dringende Aufgabe, nach kriegsverursachenden oder -fördernden Faktoren zu forschen.

Auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaften (Ökonomie, Ideologie, Wissenschaft/Technik usw.) haben sich Strukturen herausgebildet, die die gegenwärtige unfriedliche „Weltordnung“ mit ihren Herrschaftssystemen stützen.

In einem wechselseitigen Bedingungsgefüge von Faktoren kommt der Militärmaschine eine wesentliche Rolle zu. Mit ihrer Hilfe wird Herrschaft, auch unter krisenhaften Bedingungen, global gesichert („nationale Sicherheit“, regionale Konflikte, „innere Sicherheit“).

Die Position der sozialistischen Länder unterscheidet sich in dieser Hinsicht grundsätzlich von der des Westens, auch wenn Übereinstimmungen in den Auswirkungen bei undifferenzierter Betrachtung eine Übereinstimmung in den Prinzipien vermuten lassen würden. Faktisch wirkt sich aber auch die Rüstung der sozialistischen Länder negativ auf die Suche nach Gerechtigkeit und Frieden aus. Für eine Beurteilung der Situation muß unbedingt von einer Analyse weltweiter Tendenzen ausgegangen werden, die vor einer undifferenzierten Gleichsetzung äußerlich äh-

licher Phänomene bewahren kann. Eine Erklärung darf nicht mehr nur in den Kategorien traditioneller Macht- bzw. Großmachtpolitik erfolgen. Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen durch sozialistische Länder sollte z. B. nicht als Versuch der Ausdehnung des eigenen Herrschaftsbereichs gewertet werden.

Wie sind in diesem Zusammenhang die zahlreichen Abrüstungsinitiativen des sozialistischen Lagers zu interpretieren? Wie die Reaktionen des Westens?

Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß „alle den Frieden wollen“, nur eben auf verschiedenen Wegen. Stattdessen ist zu fragen: Was verstehen die Beteiligten unter „Frieden“? Frieden für wen? Frieden unter welchen Bedingungen? Frieden als Sicherung des eigenen Wohlebens gegen die Ansprüche der Ausgebeuteten und Verelendeten? Frieden als die Stabilisierung einer ungerechten „Ordnung“ mit den Mitteln legalisierter Gewalt? Oder Frieden mit weltweiter Gerechtigkeit?

Es zeigt sich, daß das SDI (star wars)-Projekt der führenden Kräfte der USA den Frieden auf die Unverwundbarkeit der USA und die Allmacht und Allgegenwart ihrer Technik gründen helfen soll: daß Frieden damit gleichbedeutend wird mit Weltherrschaft der USA. Demgegenüber möchten konservative Politiker Westeuropas an der Strategie der Abschreckung festhalten, die auf der wechselseitigen Verwundbarkeit der beiden Großmächte beruht.

Selbst wenn es zu einer echten Entspannung in den Beziehungen zwischen UdSSR und USA sowie zwischen Warschauer Pakt und NATO kommen sollte, ist an eine radikale Abrüstung noch nicht zu denken. Nach vorherrschender Auffassung gehören Militär und Rüstung zu den unaufgebbaren Bestandteilen staatlicher Souveränität. Ihr Bestehen bedarf keiner Rechtfertigung durch konkrete Bedrohungen, sondern setzt die Bedrohung als immer mögliche Eventualität voraus.

Dieser Betrachtungsweise entspricht ein gesellschaftlich reproduziertes Welt- und Menschenbild, das sich vorwiegend am „Bösen“ im Menschen und in der Welt orientiert, mit dem man ständig rechnen muß und das nur mit Gewalt in Schach gehalten werden kann. Die christlichen Kirchen haben an der Erzeugung und Reproduktion dieser Ideologie entscheidenden Anteil. Sie können eine friedensfördernde Rolle nur spielen, insoweit sie sich dieser Tatsache stellen und sie theologisch aufarbeiten.

Auch für den Bereich des Christentums und der Kirchen in Europa gilt, daß der Satz: „alle wollen den Frieden“ die Probleme nur verschleiert. In Wirklichkeit gehen tiefe Risse durch die Christenheit; diese Risse haben ihre Ursachen in unterschiedlichen Entscheidungen hinsichtlich des Friedens, der Gerechtigkeit und der Ordnung des menschlichen Zusammenlebens und äußern sich auch in unterschiedlichen theologischen Aussagen. Diese Trennungen unter den Christen sind wenigstens teilweise eine Folge der Entscheidung für oder gegen eine Praxis des Evangeliums in der Nachfolge Jesu unter den Bedingungen unserer Zeit - und damit unvermeidlich. Sie dürfen nicht mit dem Deckmantel des Pluralismus und der christlichen Liebe zugedeckt werden.

Militärpolitische Fragen

Wie können die gegenwärtigen Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungsverhandlungen eingeschätzt werden?

Von wem kamen welche Vorschläge? Welche Ziele sind dahinter erkennbar? In welche politische Konzeption ordnen sie sich ein? Wie waren die Reaktionen darauf? Wie sind diese wiederum zu interpretieren?

Inwieweit macht die militärische Entspannung Fortschritte auf anderen Gebieten möglich?

Unter welchen Bedingungen könnten die Militärblöcke abgebaut werden? Wäre eine gesamteuropäische Aufsicht über Truppen und Manöver ein Schritt in diese Richtung?

Wären (symbolische) Truppenstationierungen über Blockgrenzen hinweg denkbar? Könnten Soldaten sich präventiv verpflichten, die Beteiligung an Angriffshandlungen und Interventionen zu verweigern?

Wie wären einseitige Austritte aus den beiden Militärbündnissen zu werten - als gefährliche Destabilisierung oder als Schritt zu einer Friedensordnung?

Wie verträgt sich die Verwendung US-amerikanischer Stützpunkte in Westeuropa für kriegerische Auseinandersetzungen in anderen Weltregionen (Vietnam, Libyen, Naher Osten/Golf ...) mit dem angeblichen Bündnisziel der Verteidigung Westeuropas? Welche Schlußfolgerungen sind zu ziehen?

Was ist angesichts der Beteiligung westeuropäischer Staaten/Firmen an SDI zu tun?

Welchen Zielen dient EUREKA?

Wie können wir die Initiativen für ABC-waffenfreie Zonen wirkungsvoll unterstützen?

Sollten Großbritannien und Frankreich in die Gespräche zur atomaren Abrüstung einbezogen werden? Was spricht dafür? Was dagegen? Wie kann verhindert werden, daß sie eine von anderen gewollte Entnuklearisierung Europas verhindern? Wie kann verhindert werden, daß die BRD auf dem Umweg über Frankreich (und/oder Großbritannien) zur Atommacht wird?

Welche Rolle spielen alternative Verteidigungskonzeptionen in Strategiediskussion und Praxis unserer Länder? Was können wir tun, um diesbezügliche Diskussionen anzuregen und die Akzeptanz entsprechender Konzepte zu erhöhen? Hier sollten rein defensive, nicht angriffsfähige Verteidigungskonzepte ebenso diskutiert werden wie Vorstellungen einer gewaltfreien Verteidigung durch zivilen Widerstand.

Gerade die scheinbar utopische Natur des letzteren Konzepts könnte zur selbstkritischen Bestandsaufnahme der Funktionsweisen der Gesellschaften dienen; also: Warum erscheint ziviler Widerstand als so utopisch? Was müßte sich ändern, um gewaltfreier Verteidigung eine höhere Realisierungschance zu geben?

Fragen im ökonomischen Bereich

Ist Rüstungsproduktion wirtschaftsstimulierend oder -hemmend? In welchem Bezugsrahmen kann die Frage wie beantwortet werden?

Ist Rüstung notwendig, um Wissenschaft und Technik zu stimulieren?

Ist Rüstung für das Funktionieren bestimmter Ökonomie strukturell notwendig? Es müßte dann der Rüstung nicht unbedingt ein Kriegsführungsinteresse unterstellt werden. Stattdessen wären Feindbilder, Militarisierung und Disziplinierung der Gesellschaft, Kriegsgefahr und „Wettrüsten“ (vorwiegend als Wettlauf mit dem moralischen Verschleiß, d. h. mit dem Fortschritt in Wissenschaft und Technik) Nebeneffekte ökonomischer Stabilisierungsstrategien im Interesse herrschender Eliten. Welche Schlußfolgerungen würden sich daraus ergeben?

Hätte die Konversion der Rüstungsproduktion reale Chancen? Könnte das ökonomische System sich anders funktionsfähig erhalten - vielleicht sogar besser funktionieren?

Wie schätzen wir die Chancen der „friedlichen Koexistenz“ ein?

Ist die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ost und West, besonders zwischen RGW und EG friedensfördernd oder dient sie längerfristig der Unterordnung des RGW bzw. der sozialistischen Staaten unter kapitalistische Interessen, der weiteren Ausbeutung der 2/3-Welt und gar der erfolgreicherer Aufrüstung?

Wie können die Probleme bewältigt werden, die sich aus der ungleichen ökonomischen Situation innerhalb Europas ergeben (Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle)? Da es dabei auch um historische, geographische, innenpolitische, rechtliche, soziale und kulturelle Faktoren geht, müssen vor allem Spielregeln des Umgangs mit den vorhandenen Unterschieden entwickelt werden, bei gleichzeitiger Überwindung von krassen Mißverhältnissen und Krisen. Dienen die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse dem Wohl der Völker?

Wie kann ein sinnvolles Verhältnis von Handel und Zusammenarbeit einerseits und Selbstversorgung und Eigenständigkeit andererseits hergestellt werden?

Ideologisch-politische Fragen

Wie können bestehende nationale und regionale Konflikte bewältigt werden (z. B. Grenzstreitigkeiten, Minderheiten, Machtgefälle zwischen Staaten unterschiedlicher Größe)?

Wie kann sichergestellt werden, daß die gegenwärtigen Grenzen in Europa von allen Staaten, Regierungen und wichtigen politischen Kräften definitiv anerkannt werden und alle Versuche, sie in Frage zu stellen, als gegen den Frieden gerichtet geächtet werden?

Wie kann eine Informationspolitik verwirklicht werden, die weder durch unzureichende noch durch tendenziöse und falsche Information gekennzeichnet ist und damit Fremdheit, Mißtrauen, Über- und Unterlegenheitsgefühle, Feindseligkeit, Angst, Überheblichkeit fördert bzw. erzeugt? Wie hat eine Informations- und Medienpolitik auszusehen, die konstruktiven Kontakten der Menschen und der Lösung von Problemen dienlich ist?

Wie kann verhindert werden, daß unter dem Deckmantel unbegrenzter Informations- und Meinungsfreiheit ökonomisch und politisch einflußreiche Kräfte ein de facto Monopol ausüben und das Bewußtsein der Bevölkerung manipulieren?

Wie kann verhindert werden, daß der notwendige Abbau von Feindbildern zu Naivität, Fehleinschätzung der Lage und politischer/moralischer und intellektueller Orientierungslosigkeit führt?

Was kann gegen einen Nationalismus getan werden, der globales gemeinschaftliches Denken und Handeln verhindert, eine Politik der „nationalen Sicherheit“ und der Aggressivität begünstigt und für Diktaturen anfällig macht?

Fragen zur Rolle der Kirchen

Wie weit können sich die Kirchen in Europa von ihrer traditionellen Bindung an Nationalismen, Militarismus, Antikommunismus, Identifizierung mit den politischen und ideologischen Positionen des Westens und des Nordens lösen?

Wie kann dieser Ablösungsprozeß gefördert werden? Wie können wir eine neue Identität und Funktionsbestimmung der Kirche in der Gesellschaft gewinnen?

Was können die Kirchen tun, um in Europa ideologische Grundlagen, Einstellungen und Verhaltensweisen für gerechte, partizipatorische und überlebensfähige Gesellschaften zu schaffen, die einen ihnen gemäßen Beitrag für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung im globalen Maßstab leisten können? Was haben die Christen im Dialog mit anderen zu lernen, was haben sie einzubringen? Welche Elemente ihrer Tradition könnten dafür eine positive Rolle spielen?

Welche Elemente europäischer christlicher Tradition sind zu kritisieren bzw. zu überwinden? Wir schlagen vor, folgende Aspekte zu überprüfen:

den Zusammenhang zwischen einem pessimistischen Menschenbild und autoritären Machtstrukturen sowie der Bereitschaft, Gewalt anzuwenden oder zu tolerieren;

den Zusammenhang zwischen individualistischer Verinnerlichung des Glaubens und dem Versagen der Kirchen angesichts von Fragen innergesellschaftlicher und weltweiter Gerechtigkeit;

den Zusammenhang zwischen der Identifizierung des christlichen Glaubens mit dem (west-)europäischen Denken und dem Versagen angesichts der Zerstörung der Schöpfung durch Wirtschaft, Wissenschaft und Technik.

Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Sommer 1984

Aus der Diskussion

Peter Strutynski

Frieden durch Demokratie?

Gerda Zellentin hat in ihrem Beitrag u. a. darauf hingewiesen, daß demokratische Staaten keine Kriege untereinander führen. An dieser Feststellung selbst, die empirisch belegbar ist, gibt es nichts zu rütteln. Wenn ich diesen Punkt dennoch aufgreife, dann deshalb, weil ich vor unsachgemäßen Verallgemeinerungen und vor einer „ideologischen“ Überhöhung dieses Tatbestandes warnen möchte. Ein Blick in die friedenswissenschaftliche Literatur zu diesem Thema zeigt uns nämlich, daß aus der Feststellung, Demokratien führten untereinander keine Kriege, sehr leicht die These entwickelt wird - und auch politisch der Eindruck erweckt werden soll -, demokratische Staaten seien friedfertiger als andere Regime. Gerade dies möchte ich vehement bestreiten und bei der Gelegenheit auch etwas an der empirischen Validität der Demokratiethese kratzen.

Mir scheint die empirische Basis für die Behauptung, Demokratien würden seit nunmehr rund 170 Jahren (genauer: seit dem Ende der Napoleonischen Kriege 1816) keine Kriege mehr untereinander führen, denn doch etwas dünn zu sein. Und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens:

Seltsamerweise war das 19. Jahrhundert seit dem Wiener Kongreß ein relativ ruhiges Jahrhundert, was die zwischenstaatlichen Beziehungen und Konflikte betrifft - jedenfalls wenn wir den europäischen Kontinent betrachten (in Amerika lagen die Verhältnisse damals anders). Äußeren Frieden gehalten haben über längere Zeiträume nicht nur die „demokratischen“ Staaten, sondern auch andere Regime. Waren sie deswegen friedlich? Wohl kaum, wenn wir sehen, wie sehr die Großmächte - gleichgültig, welche Staats- und Regierungsform sie hatten - bis zum 1. Weltkrieg damit beschäftigt waren, ihre imperialistischen Kriege auf anderen Kontinenten zu führen und ihre Machtansprüche auf die „nicht-zivilisierten“ Teile der Welt auszudehnen. In Afrika und Asien vor allem kam es dabei durchaus zu „Beinahe-Zusammenstößen“ zwischen „demokratischen“ Staaten (z. B. Frankreich/Großbritannien); die

aggressiven Energien konnten aber erfolgreich immer wieder gegen die Bevölkerung der kolonialisierten Gebiete gelenkt werden. Im übrigen sollte daran gedacht werden, daß es vor dem 1. Weltkrieg demokratische Staaten nur vereinzelt gab; es waren Inseln auf einer Landkarte, die geprägt war von vor-demokratischen autoritären und/oder dynastischen Regimen. Auch aus deren Insellage heraus war es den demokratischen Mächten nicht so ohne weiteres möglich, in einen direkten militärischen Kontakt/Konflikt untereinander zu geraten. Die Friedfertigkeit der Demokratien entsprang im Jahrhundert vor dem 1. Weltkrieg also eher einem allgemeinen Mangel an Gelegenheit, und nicht einer ihnen eingeschriebenen Kriegsenthaltsamkeit.

Zweitens:

In der Zwischenkriegszeit gab es - nicht zuletzt aufgrund der zum Teil revolutionären Transformationen im Gefolge des 1. Weltkriegs - eine größere Zahl demokratischer Staaten. Haben sie untereinander Frieden gehalten? Formal betrachtet: ja. Nur ist der Referenzzeitraum doch etwas kurz, nämlich gerade einmal 20 Jahre (von 1919 bis 1939). Außerdem sollte an die Interventionskriege gegen das revolutionäre Rußland erinnert werden, die, sofern demokratische Staaten (wie z. B. England) daran beteiligt waren, nur dann nicht als Krieg zwischen Demokratien gewertet werden können, wenn man dem vom Zarismus befreiten jungen russischen Staat jeglichen demokratischen Status abspricht. Betonen möchte ich aber einen anderen Punkt: Die demokratischen Staaten (aber nicht nur sie!) der Zwischenkriegszeit haben zwar untereinander Frieden gehalten, sie haben sich aber nicht als Garanten des Friedens bewährt. Immerhin haben sie zugelassen, daß einige demokratische Staaten zu autoritären, faschistischen Regimen mutieren konnten, die schließlich - relativ ungehindert von den verbliebenen demokratischen Mächten - einen Weltkrieg vom Zaun brachen, wie er verheerender und barbarischer in der bisherigen Menschheitsgeschichte nicht vorgekommen war.

Drittens:

Auch der über 40jährige Frieden in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg muß im Hinblick auf meine Fragestellung genauer unter die Lupe genommen werden. Gewiß: Auch jetzt haben Demokratien (gemeint sind in der Regel die parlamentarischen westlichen Staaten) untereinander keine Kriege geführt. Friedfertig waren sie deswegen aber noch lange nicht. In der Rangliste der Länder mit den meisten Kriegsbeteiligungen nach dem 2. Weltkrieg liegen gleich drei Musterdemokratien auf den ersten vier Plätzen:

1. Großbritannien (18 Kriegsbeteiligungen), 2. Indien (wird in der Literatur nicht zu den demokratischen Staaten gezählt), 3. die USA (12), 4. Frankreich (11 Kriege)! Es ist wohl unnötig, in diesem Kreis darauf hinzuweisen, daß sich unter diesen Kriegen ausgesprochen schmutzige und verbrecherische Kriege befanden, in denen die „demokratischen Aggressoren wenig humanitäre Rück-

sichten nahmen (z. B. Algerien, Vietnam). Man kann sich auch die Frage stellen, was die demokratischen Staaten gehindert hat, nicht noch mehr Kriege gegen „Dritte“ zu führen oder auch untereinander über sich herzufallen. War es nicht die Existenz des waffenstarrenden „sozialistischen Lagers“, die den - ebenfalls waffenstarrenden - Westen geographisch in seine Grenzen verwiesen und militärisch in Schach gehalten hat? Können wir überhaupt die Geschichte der Nachkriegsaußenpolitik beschreiben und begreifen, ohne die Funktionsweise der Ost-West-Blockkonfrontation mit zu berücksichtigen? Waren die Staaten des Westens nicht gezwungen, sich zusammenzuschließen, auch mit den Verliererstaaten des 2. Weltkriegs zusammenzuschließen, um der systemaren Bedrohung aus dem Osten zu widerstehen bzw. um das roll back des Kommunismus effektiver zu bewerkstelligen? Mußten nicht elementare Widersprüche und Interessengegensätze zwischen den NATO-Staaten (man denke nur an Griechenland und die Türkei!) zurückgedrängt und unter Verschuß gehalten werden, um die geschlossene Front gegen den gemeinsamen Gegner nicht zu gefährden? Hätte Europa eine ähnliche außenpolitische Stabilität - die gleichzeitig auch Erstarrung bedeutete! - gewonnen, wenn es das Feindbild des staatlichen Kommunismus nicht gegeben hätte?

Ich will hier gar nicht den Versuch machen, solche Fragen zu beantworten. Sie aber gestellt zu haben, scheint mir notwendig zu sein, um die Tragfähigkeit der simplen Gleichung „Demokratie = Frieden“ ein wenig in Zweifel zu ziehen. Nicht weil ich der Demokratie etwas am Zeuge flicken möchte, wohl aber um Illusionen über den friedfertigen Charakter demokratischer Staaten entgegenzutreten. Die These von der besonderen Friedensfähigkeit demokratischer Staaten (sie wird z. B. von Senghaas vertreten; in einem vor kurzem erschienenen und ansonsten ausgezeichneten Sammelband von Wolfgang R. Vogt: „Frieden durch Zivilisierung?“ wird sie in einem Beitrag von Thomas Nielebock geradezu emphatisch propagiert) impliziert einen Mechanismus, der - auf den Punkt gebracht - lautet: Je weniger nicht-demokratische Staaten, je mehr demokratische Staaten, desto weniger Kriege und Gewalt in der Welt. Wenn dem die Empirie entgegensteht, so liegt das dann daran, daß aus dem Gefälle zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie, aus dem Modernisierungs- und Zivilisierungs-Rückstand der weniger entwickelten Gesellschaften jene Konflikte entstehen, die zur Zeit eben nur militärisch zu lösen seien.

Nun haben wir seit 1989/90, also seit dem Ende der Blockkonfrontation und dem weltweiten Siegeszug der „Demokratie“, alles andere als friedliche Verhältnisse in der Welt. Die militärischen Konflikte haben enorm zugenommen, die Zahl der Kriegsoffer, vor allem unter der betroffenen Zivilbevölkerung, steigt rapide an. Die Gloriole der friedliebenden Demokratien verblaßt angesichts immer neuer Schreckensmeldungen aus allen Regionen der Erde und angesichts der offenkundigen Unfähigkeit der führenden demokratischen

Mächte, diesen und möglichen künftigen Konflikten präventiv und ohne militärische Mittel zuvorzukommen (wie schwierig gerade in parlamentarischen, von Wahlen und Medien abhängigen Demokratien es ist, den Gedanken gewaltfreier Prävention politisch umzusetzen, darauf hat ja auch Frau Zellentin in ihrem Referat ausdrücklich hingewiesen). Die Gloriole verblaßt aber auch, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die unzähligen Kriege, die im Namen der Demokratie in den vergangenen hundert und noch mehr Jahren gegen Dritte geführt wurden, in den seltensten Fällen um der Demokratie willen, sondern meist aus anderen, aus machtpolitischen Gründen geführt wurden.

Eine weitere Frage schließt sich an: Wenn die Gleichung „Demokratie = Friedfertigkeit“ Gültigkeit hätte, dann müßte sie für alle demokratischen Staaten gleichermaßen gelten. Ein Blick auf die Geschichte hegemonialer Demokratien wie die der USA, Großbritanniens oder Frankreichs einerseits und auf die Geschichte solcher Staaten wie die Schweiz oder Schweden andererseits zeigt, daß dem keineswegs so ist. Demokratien können offenbar sowohl expansiv, aggressiv und militaristisch als auch zurückhaltend, defensiv und relativ zivil sein. In der Nachkriegszeit kommt eine interessante Nuance hinzu, die von den Vertretern der Demokratiethese geflissentlich übergangen wird, paßt sie doch so gar nicht ins Bild: Wenn den demokratischen Staaten USA, Großbritannien und Frankreich, die es in 40 Jahren immerhin auf stolze 41 Kriege gebracht haben (natürlich in keinem Fall untereinander!), eine besondere Affinität zu einer friedlichen Außenpolitik bescheinigt wird: Wie friedfertig waren dann erst die - selbstredend - nicht-demokratischen, weil sozialistisch/kommunistischen Regime der östlichen (aber auch - Kuba! - westlichen) Hemisphäre? Von wenigen Ausnahmen abgesehen (Ungarn 1956, CSSR 1968, Afghanistan, sowjetisch-chinesische Grenzkonflikte) stellt sich die Außenpolitik des Warschauer Pakts, verglichen mit den Interventionen der Westmächte, auch noch im nachhinein als ein Musterbeispiel einer zurückhaltenden, konfliktscheuen, auf „friedliche Koexistenz“ bedachten Außenpolitik dar.

Was bleibt also übrig vom exklusiven Friedensanspruch der Demokratie? Ich habe versucht, in aller Kürze zu zeigen, daß die These, Demokratien würden untereinander keine Kriege führen, von nur sehr geringer Relevanz für die heutige friedenspolitische Diskussion sein kann, ja, diese These geht m. E. sogar am Kern des Problems vorbei. Zu fragen ist nämlich, warum - auch - demokratische Staaten Kriege führen bzw. nicht führen.

Ich fasse zusammen und behaupte (zugegeben: sehr zugespitzt):

1. Vielfach fehlte den Demokratien in den letzten 170 Jahren schlicht die Gelegenheit, untereinander Kriege zu führen („glücklicherweise“ gab es so viele Möglichkeiten, gegen Dritte auf anderen Kriegsschauplätzen zu reüssieren).

2. Wenn demokratische Staaten sich in Blöcken und Allianzen zusammenschließen und untereinander Frieden halten, so muß dies kein auf Dauer angelegter neuer Typ zivilisatorischen Miteinanders sein. Auch in der Wirtschaftswelt gibt es temporäre Absprachen und Zusammenschlüsse unter Konkurrenten („strategische Allianzen“), z. B. zwischen Transnationalen Konzernen, deren Ziel nicht ein friedlicher Wettbewerb zum gegenseitigen Vorteil, sondern die zeitlich begrenzte Bekämpfung eines oder mehrerer „dritter“ Konkurrenten ist.

3. Ich möchte keineswegs vergleichen, sondern nur eine anschauliche Analogie aus einem anderen „Milieu“ bemühen: Niemand würde auf die Idee kommen, eine Gangstervereinigung von Räubern, Dieben oder Einbrechern als friedfertig zu bezeichnen, nur weil deren Bandenmitglieder untereinander Frieden halten, d. h. sich nicht gegenseitig beklaunen oder umbringen. Die Kriminalgeschichte zeigt uns aber auch, daß es im Inneren solcher mafiosen Gruppierungen immer wieder auch zu Machtkämpfen kommt, die kaum einmal „friedlich“ ausgetragen werden.

4. Die Vertreter der Demokratiethese übersehen ein gewichtiges Moment: den konkreten Inhalt von Demokratie, d.h. die wirtschaftlichen Herrschafts- und politischen Machtverhältnisse, die einer bürgerlichen Demokratie zugrundeliegen und ihre innere Funktionsweise und ihre äußere Artikulationsweise mehr oder weniger stark bestimmen. Wer heute von Demokratie spricht und dabei als Idealbild den repräsentativen Parlamentarismus westlich-europäischer Prägung im Kopf hat, darf nicht den Kapitalismus vergessen, der diesem System zur Geburt verholfen hat und ihm - wenn's sein muß - auch den Todesstoß versetzen kann. Gerade im Zeitalter der postbipolaren Globalisierung, der Weltmarktökonomie, die aus den Demokratien nationale Wettbewerbsstaaten im Dienst des globalen Kapitals macht, wird die Ökonomie immer wichtiger, die Demokratie immer inhaltsleerer.

Ich warne davor, sich von der Unterwerfung der letzten Winkel dieser Erde unter die Gesetze der kapitalistischen Marktökonomie einen Demokratisierungs- und Zivilisierungsschub zu erwarten. Was ist, wenn der seit 1989 wieder entfesselte, grenzenlose Kapitalismus dereinst an neue Grenzen stößt, wenn - um an ein Wort von Rosa Luxemburg zu erinnern - die kapitalistische „Landnahme“ abgeschlossen ist und die führenden Mächte der Triade (USA, Japan, Europa/Deutschland) ihren Standort-, Wirtschafts- und Handels-„Krieg“ nicht mehr nur mit friedlichen Mitteln austragen wollen?

Unsere Aufgabe: Erziehung zu Frieden und Versöhnung

Wie kommt es, daß es seit Jahrhunderten Krieg auf der Welt gibt und noch kein Ende abzusehen ist, obwohl die verschiedensten Erklärungen für die Ursachen geliefert worden sind - vom jeweiligen Standpunkt aus sicher richtig, aber doch meistens nur einige Auslöser bezeichnend?

Weil bisher so oft gegen alle Vernunftsgründe die Gewalt durchgebrochen ist und die Kriegerrechtfertigung um sich greifen konnte, sollten wir uns einmal darauf besinnen, daß der Grund und die Ursache für jede Gewalttätigkeit und somit auch zum Krieg in uns allen angelegt ist. Die Natur hat uns zum Überleben mit Angriffs- und Tötungstrieben ausgerüstet. Meistens sind wir uns ihrer nicht bewußt.

Im menschlichen Zusammenleben, das wir Kultur und Zivilisation nennen, schaden uns diese Veranlagungen, denn wir gehören noch zu den wenigen Lebewesen, die ihre eigene Art bekämpfen, und zwar ohne Grund.

Das menschliche Verhalten setzt sich gemäß der Seelenforschung aus bewußten und unbewußten Anteilen zusammen. Unsere Triebe können wir nicht beseitigen; eine Unterdrückung wäre schädlich. Unsere Aufgabe ist es daher, sie soweit wie möglich unter Aufsicht zu bringen und sie auf ungefährliche Nebengebiete abzulenken - mit einem Wort: die Erziehung zu Frieden und Versöhnung ist für uns alle wichtig, wir müssen gewaltlose Konfliktaustragung lernen. Das Ziel muß sein, daß wir keine Feinde haben. Das bedeutet nicht, daß wir nicht leidenschaftlich unsere Meinung vertreten, aber sie sollte stets von Achtung gegenüber dem Mitmenschen begleitet sein.

Alle Friedensbestrebungen, gleich auf welchem Gebiet, sind natürlich nach wie vor wichtig. Ich wollte hiermit nur zum Nachdenken beitragen.

Lorenz Knorr

Kriegsursachen und friedliche Konfliktregelung

Reale Humanität anzustreben unter den veränderten Bedingungen von Krieg und Frieden bedeutet, nach genauer Analyse der jeweiligen Konfliktursachen gewaltfreie Konfliktregelungen kritisch zu erörtern und zielorientiert zu praktizieren. Der Golfkrieg von 1991 und der Krieg in Jugoslawien zeigten deutliche analytische und aktionsstrategische Defizite bei den gesellschaftlichen Kräften.

Wer menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen bestrebt ist, sollte sich zunächst ein epochales Faktum vergegenwärtigen: Von 1945 bis 1991 galt als weitgehend akzeptierte gesamteuropäische Aufgabenstellung, den Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen. Die schrecklichen Erfahrungen mit zwei Weltkriegen und der damals drohende atomare Holocaust bekräftigten die alte humane Forderung, den Krieg zu ächten. Zudem hätte Krieg in Europa keine Sieger, sondern nur atomar Ausgelöschte hinterlassen. Allerdings war es auch die konstruktive Politik der friedlichen Koexistenz der kommunistischen Staaten, die dazu führte, daß Abrüstung bis hin zur strukturellen Angriffsunfähigkeit konkret erörtert und auch eingeleitet wurde, um den auf das „Gleichgewicht des Schreckens“ gegründeten Frieden sicherer zu gestalten. Gewaltfreie internationale Streitbeilegung sollte der Regelfall sein. In der Schlußakte der KSZE fixierten 1975 jene Staaten, die über knapp 80 % des Vernichtungspotentials verfügten, wichtige Normen europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit.

Die Hoffnung mancher, daß mit dem Ende der militärischen Blockkonfrontation der Friede gesichert und Abrüstung realisiert würde, erwies sich als Illusion. Die Publikationen bekannter Friedensforscher der Zeit von 1990 bis 1992 belegen diese Fehlanalysen. Tatsächlich wird der Krieg seit 1991 wieder offiziell zu legitimieren getrachtet; es wird um- statt abgerüstet! Es gab keine „Friedens-Dividende“! Die mehrschichtigen Ursachen von Hochrüstung und permanenter Kriegsgefahr sind also andere, als der nun fehlende Systemwettstreit. Seitdem das globalstrategische Gegengewicht zur NATO fehlt, ist der Krieg wieder offiziell entfesselt. Bekanntlich sind Wettrüsten und Kriegsgefahr auch wesentlich älter als die militärische Blockkonfrontation.

Wenn der Krieg unter transferierten weltpolitischen Verhältnissen wieder einen Sieg der militärisch überlegenen Seite ermöglicht, bedeutet das noch nicht, daß man das Völkerrechtsgebot des militärischen Gewaltverzichts mißachten und Krieg führen muß, wenn man nicht angegriffen wird. Es sind also, weil gerade die NATO-Staaten den Krieg derzeit als „normal“ erklären und handhaben, die

Ursachen gegenwärtiger militärischer Interventionen genau zu klären, wenn vorbeugende Konfliktregelung erfolgreich sein soll.

Nachweisbar sind es entwickelte Industriestaaten, die ihrem Selbstverständnis gemäß als „Demokratien“ gelten, deren Regierungen Krieg legitimieren und führen, die neue Feindbilder aufbauen, um die öffentliche Meinung zur Hinnahme hoher Militärausgaben zu beeinflussen, und die ihre Rüstungen auf veränderte Kriegsorten umstellen. Die wahren Ursachen des organisierten Unfriedens sind also auch innerhalb unserer Gesellschaften zu finden! Zu fragen ist, ob das skrupellose Streben nach noch mehr Geld, nach noch mehr Besitz, nach noch mehr Macht - das wir auch innenpolitisch erleben und erleiden - ein strukturell verankertes Streben ist, das sich in der Außenpolitik fortsetzt und eine Ursache von Kriegen ist. Wäre das so, müßten Konfliktverhütungsstrategien dies berücksichtigen.

Bundeskanzler Kohl erklärte am 02.02.1996: „Die Politik der europäischen Einigung ist in Wirklichkeit eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert“. Dies bestätigt, daß die Beliebigkeit in der Wahl der Mittel auch zwischen Demokratien und zwischen Bündnispartnern gilt, wenn Interessenkonflikte auftreten. Ging man bislang faktengestützt davon aus, daß westliche Demokratien nur Kriege gegen Staaten führen, die ein anderes Demokratieverständnis kennzeichnet oder die keine demokratische Staatsform haben, so belegt die Feststellung Kohls, daß er den Krieg auch als eine Möglichkeit des künftigen Umgangs systemgleicher Staaten betrachtet. Soll Krieg gegen andere Demokratien geführt werden, wenn etwa keine Einigkeit besteht in der Frage, wer Hegemon einer Europäischen Union sein soll? Führen Interessengegensätze zum Krieg etwa um Einflußgebiete oder wirtschaftlich wichtige Rohstoffgebiete oder schlicht um neue Absatzmärkte? Um solche Fragen ging es vor 1914 und bis 1939! Man geht in die Irre, wenn Kohls Äußerung als individuell gewertet wird; tatsächlich verkündet er stets, was die in Deutschland wirtschaftlich und politisch dominierenden Kräfte denken und anstreben.

Die Bundesminister Rühle und Kinkel wiederholten oft, daß geplante oder bereits durchgeführte militärische Interventionen „out of area“ nichts anderes als die „Rückkehr zur Normalität“ sind. Im gesellschaftlichen Bewußtsein wird also zu verankern getrachtet, daß nicht die völkerrechtlich und von geschichtlichen Lehren verbotene friedliche Streitbeilegung „normal“ sei, sondern der traditionelle Wechsel von Krieg und Frieden, der jeweiligen Interessenlage entsprechend. In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 ist unmißverständlich fixiert, daß der Zugriff auf fremde Rohstoffe und die „Verteidigung deutscher Interessen“ mit militärischen Instrumenten und überall in der Welt künftige Realität sein wird. Schon der Wortgebrauch - „Verteidigung“ - enthält eine vorsätzliche Täuschung der Staatsbürger. Ebenso manipulativ ist es, sol-

chen militärischen Interventionen „friedenschaffenden“ Charakter anzudichten. Angeblich soll der Krieg, der seinem Wesen nach die Menschenrechte ignoriert und aufhebt, auch dem „Schutz der Menschenrechte“ dienen. Das alles ist bekannt. Aber es muß ständig wiederholt werden, damit die Friedenskräfte derartige Rechtfertigungsversuche von militärischer Gewaltanwendung als das entlarven, was sie sind. Solche Richtigstellungen sollten Teil von gesellschaftlichen Konfliktverhütungsstrategien sein.

Gezielte Verhinderung von De-Eskalation in Jugoslawien

Frau Prof. Zellentin führte in ihrer interessanten Darlegung der drei Phasen von Konfliktabläufen aus, daß in der ersten, der politischen Eskalation, trotz aller vorhandenen Frühwarnungen, die De-Eskalations-Möglichkeiten von dritten Mächten oft übersehen werden. Potentieller politischer Einfluß würde nicht genutzt, um den Übergang zur zweiten, der „heißen Phase“, also Krieg, zu verhindern. Als Gründe für dieses „Versagen“ benannte sie einige Mechanismen der repräsentativen Demokratie: Mit Rücksicht auf die Wähler stuften Politiker die De-Eskalation als „fehlende Leistung“ ein, während hartes Zugreifen honoriert werde. - Es ist jedoch ein Widerspruch, die Demokratie für Eskalations-Praktiken verantwortlich zu erklären und zugleich den Zusammenhang von Demokratie und Frieden zu betonen. Da bliebe zu fragen, welche Art von Demokratie mit Frieden gleichzusetzen ist aufgrund von Volksinteressen und welcher Charakter jenen Demokratien eigen ist, die den Krieg erneut legitimierten und auch führen.

Im praktischen Fall von Jugoslawien ist zu bezweifeln, ob die deutsche Bundesregierung die De-Eskalations-Möglichkeiten übersah. Der politischen Realität entspricht eher, daß sie die militärische Eskalation förderte, weil Friede in Jugoslawien nicht in ihr globalstrategisches Konzept paßte! Die damaligen Bundesminister Schäuble und Blüm forderten 1991, als viele andere Staaten einen friedlichen Interessenausgleich zu erreichen bestrebt waren, daß man „zwei NATO-Divisionen nach Jugoslawien“ entsenden solle! Bonn setzte auf Krieg, als die De-Eskalations-Chancen noch gar nicht ausgeschöpft waren. Bonn heizte, auch durch die überstürzte völkerrechtliche Anerkennung von Slowenien und Kroatien sowie durch einseitige Einflußnahme, den Konflikt an, statt ihn dämpfen zu helfen. Weil damals die öffentliche Diskussion um die Frage kreiste, ob die NATO als Produkt des Kalten Krieges überflüssig und aufzulösen sei, ob man ferner die deutschen Streitkräfte nach dem Ende des Systemwettstreits drastisch reduzieren sollte, suchte die Bundesregierung eine plausible Rechtfertigung für den Erhalt von NATO und einer fast kriegsstarke Kampfkraft der Bundeswehr. Ein „Krieg in Europa“, auf den emotionsschürend verwiesen wurde, war offenbar das Medium, mit dem der friedensorientierten

Öffentlichkeit vermittelt werden sollte und auch vermittelt wurde, daß NATO und eine starke Bundeswehr trotz grundlegend veränderter Bedingungen nötig seien.

Die vielen anderen Bonner Gründe, die einen Krieg in Jugoslawien nützlich erscheinen ließen und die einseitiges politisches Eingreifen begründeten, können in diesem Zusammenhang nicht ausgeführt werden. Konfliktfördernd war in jedem Fall, daß man in Bonn nicht gegen Krieg, sondern gegen eine der drei Kriegsparteien Positionen aufbaute und verwirklichte. Eben das galt es zu entlarven!

Richtig scheint mir der kritische Hinweis von Frau Prof. Zellentin, daß die Nicht-Regierungs-Kräfte in der Frühphase des jugoslawischen Konflikts zu wenig unternahmen. Das allerdings hat gewichtige Gründe, auf die nicht zur Entschuldigung, sondern wegen zu verbessernder Analyse und gezielterer späterer Aktivität verwiesen sei.

Zugegeben, daß die internen Kampfhandlungen in Jugoslawien zu jener neuen Konfliktart gehören, die man nicht ganz korrekt als ethnisch bedingte Gewaltanwendung bezeichnet, und daß es an ausgereiften Erfahrungen fehlt, wie in solchen Fällen am wirksamsten zu vermitteln ist. Das Agieren friedensorientierter gesellschaftlicher Kräfte war auch dadurch erschwert, weil die Bonner Regierung ihr konfliktförderndes Eingreifen und ihre auf Zerstörung des multiethnischen Jugoslawien gerichtete Einmischung verschleierte. Allerdings war einigen Äußerungen der EU- und UNO-Vermittler zu entnehmen, welche Rolle die Bonner Regierung spielte. Da mangelte es tatsächlich an Aktivität, um jene bloßzustellen und zu hemmen, die den noch schwelenden Konflikt zu eskalieren trachteten, um Großmachtambitionen zu realisieren.

Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß manche friedensorientierte Menschen und Gruppen unkritisch die von vielen Medien unterstützte einseitige Feindbild-Vermittlung Bonns aufgriffen und in oft beachtlicher Unkenntnis historischer und zeitgeschichtlicher Fakten ihre Position bestimmten oder gutgemeinte Aktionen begannen. Die vom neuentfachten Nationalismus mitgeprägten Konflikte, die belegbar auf soziale Probleme zurückzuführen sind (was oft ausgeblendet blieb!), wurden ausgiebig thematisiert. Jedoch reduzierten sie die meisten Medien auf uralte historische Entwicklungen - ohne die Tatsache, daß der gemeinsame antifaschistische Kampf ab 1941 eine jugoslawische Gemeinsamkeit hervorbrachte ohne ethnische Ressentiments. Die positiven Funktionen, die Jugoslawien international und mit der Arbeiterselbstverwaltung ausübte, klammerten die meisten deutschen Medien vorsätzlich aus. Jene externen Kräfte, die den Nationalismus schürten und nützten im Sinne ihrer Großmachtbestrebungen, sollten im Dunkeln bleiben. Ein Feuer zu löschen

wird aber unmöglich, wenn jene unbehelligt bleiben, die aus dem Hintergrund laufend für Benzinzufuhr sorgen! Wäre z. B. die ständige Zufuhr von Rüstung und rüstungsverwertbaren Materialien - bis hinein in die „Schutzzone“! - konsequent unterbunden worden, wäre der „Erschöpfungszustand“ der drei Kriegsparteien ca. zwei Jahre früher eingetreten! Mehr Friedensaktionen contra Rüstungslieferanten: das hätte sehr produktiv wirken können. Das Feindbild „die Serben“ blockierte vieles!

Die beachtlichen Friedensaktionen vor Ort setzten wichtige Signale. Erfahrungsgemäß bringt jedoch das Diskutieren von Vorteilen gewaltfreier Konfliktlösungen mit den betroffenen Menschen in solchen Situationen nur wenig, wenn man die dem Konflikt zugrundeliegenden quälenden sozialen Probleme nicht lösen bzw. keinen konkreten Weg dazu aufzeigen kann. Haß erwächst oft aus Angst - und diese hängt bekanntlich auch mit drastisch verschlechterten Lebensbedingungen zusammen und mit einer fehlenden Zukunftsperspektive. Haß oder Verständigungsbereitschaft werden auch von ideologischer Einflußnahme mitbestimmt. Wo prägende ideologische Bindungen oder die Grundkomponenten einer sozialen Identität sich auflösen, wo Ratlosigkeit oder gar Verzweiflung wuchern, ist es sehr schwer, für gewaltfreie Konfliktlösungen zu wirken. Wo einst funktionierende Gesellschaften auseinanderbrechen, entstehen stets Unsicherheiten, die in Feindschaft umschlagen können. Da genügt es nicht, für friedlichen Streitaustrag zu werben. Da ist ein plausibles Konzept einer neuen Friedensordnung vonnöten. Genügt es da, unsere unsoziale, von Konzernen dominierte Demokratie anzupreisen?

Anders als beim Golfkrieg 1991, wo viele Protestler - trotz mancher Desorientierungen - den richtigen Adressanten für ihre Kritik fanden („Kein Krieg für Öl“), richteten sich beim Krieg in Jugoslawien nur wenige hierzulande gegen jene, die den Krieg wollten und ihn contra vermittelnde EG-Staaten nach Kräften förderten. Nur wenn man die langfristigen Ziele der staatlichen Akteure kennt, im Falle Bonns auch das gleichberechtigte Dabei-Sein-Wollen an militärischen Interventionen von NATO-Staaten und das Aufteilen wirtschaftlich selbständiger Staaten zu ökonomisch abhängigen Kleinstaaten (vgl. Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1994), werden friedenspolitische Aktionsziele schlüssig.

„Frieden schaffen ohne Waffen“ als Ziel bedarf ausreichender politologischer Informationen und eines Lernprozesses, auch unter den Friedensbewegten.

Kriegsursachen im Menschen selbst?

Unser Friedensfreund aus Marburg konfrontiert uns in seinem Diskussionsbeitrag mit der These, eine „Naturgegebenheit der Menschen“ führe zum Krieg.

Demzufolge sollten wir bei uns selbst beginnen, den Krieg zu überwinden.

Es existiert eine Richtung in der Friedenserziehung, die von dieser Annahme ausgeht. Mit beachtlichem pädagogischem Aufwand wird versucht, auf zwischenmenschlicher Ebene und in ständigen Gruppen, wie z. B. Schulklassen, gewaltfreien Konfliktaustrag einzuüben. Für das Verhalten von Mensch zu Mensch sowie im gruppenspezifischen Prozeß hat das einen Sinn. Gerade in unserer Zeit, in der individuelle Gewaltbereitschaft aufgrund falscher Vorbilder in der Gesellschaft und oft infolge der sozialen Misere drastisch zunimmt, sind solche Anstrengungen notwendig.

Es gibt auch eine anthropologische Schule, die in sozialdarwinistischer Weise den „naturwüchsigen Kampf ums Dasein“ als unausrottbare Kriegsursache erklärt und Krieg legitimiert.

Nachweislich ist individuelle Aggressivität gesellschaftlich vermittelt. Das gilt auch für massenhafte Aggressionen. Wo es materielle und andere Gratifikationen für aggressives Verhalten gibt, wird es gefördert. Erfahrungsgemäß ist entstandene Aggressivität abzubauen, allein schon durch Holzhacken - so simpel das auch klingen mag - sowie durch sportliche und musische Betätigung.

Eine erreichte oder vorhandene Friedfertigkeit von Individuen beseitigt allerdings nicht die wirtschaftlichen und politischen Interessen von Herrschaftsgruppen, die Krieg zur Expansion von Besitz und Macht durchführen (lassen!). Kriege entstehen nicht spontan wie etwa Raufereien von Jugendlichen bzw. wie Gewalt von einzelnen gegen andere. Kriege werden langfristig vorbereitet; sie setzen geplante Rüstungen und Streitkräfte voraus.

Die These von der „Naturgebundenheit der Menschen“ als Kriegsursache ist auch durch historische Fakten widerlegt. Schweden und Holland waren in ihrer Geschichte sehr kriegerisch; heute zählen sie zu den friedfertigsten Völkern und Staaten. Bei den Israelis verlief die Entwicklung umgekehrt: Jahrhunderte schien es, als seien sie als Soldaten kaum geeignet; gegenwärtig erfahren wir das Gegenteil! In Deutschland wirkte nach 1918 eine große pazifistische Massenbewegung. Und was zeigte sich nach 1939? Solche Veränderungen belegen, daß menschliches Verhalten variabel ist, daß es von geschichtlichen und von gesellschaftlichen Verhältnissen für bestimmte Zeiten geprägt wird, bis sich die äußeren Umstände ändern.

Also sind wir der Mühe nicht enthoben, die gesellschaftlichen Ursachen von Kriegen oder innerstaatlichen Konflikten zu erforschen bzw. zu berücksichtigen und unsere friedensbewahrende oder konfliktabbauende Aktivität entsprechend einzurichten. Die friedensorientierten Kräfte sollten sich nach Möglichkeit nicht in die Lage drängen lassen, hinter vollzogenen Entwicklungen herzu-

laufen, um erst dann einzugreifen, wenn die Konflikteskalation in die „heiße Phase“ gerät bzw. - um es wieder bildlich zu formulieren - wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Kriegsverhütung und gewaltfreie Konfliktregelung setzen auch voraus, die vorhandenen unsozialen, ungerechten und auf Ignoranz der Menschenrechte gegründeten Gewaltursachen zu überwinden.

Bei der Fülle der zu bewältigenden Aufgaben gilt es m. E., den Archimedischen Punkt zu finden, bei dem praxisorientiert anzusetzen wäre: das ist der Zeitgeist, das gesellschaftliche Bewußtsein bzw. die öffentliche Meinung. Durch sie wird der Handlungsspielraum von Regierungen eingeengt oder ausgeweitet. Politische Passivität hilft Regierungen bei der Kriegsvorbereitung; durch soziale Aktivität ist vieles zu verhindern, was lediglich einer kleinen privilegierten Minderheit dient. Gelingt es durch unermüdliche Aufklärung, im Denken und Verhalten der Menschen zu verankern, daß Krieg keine Probleme löst, daß er mehr Probleme schafft, als es zuvor gab, daß die Völker den Krieg stets mit Gut und Blut bezahlen, während z. B. die Waffenhändler oder expansionsorientierte Machtpolitiker stets Nutzen aus militärischer Gewaltanwendung ziehen, dann wären wir schon einen Schritt weiter. Es ist typisch, daß in Bosnien die militärische Intervention von außen erst einsetzte, als die drei verfeindeten Parteien bereits zu einem Frieden im Sinne des folgenden Dayton-Abkommens bereit waren. Die folgende zusätzliche Zerstörung von Menschenleben und Sachwerten hatte also andere Gründe als den, „den Frieden herbeizubomben“, wie der Öffentlichkeit einzureden versucht wurde.

Die einfache Gegenüberstellung von Krieg/Frieden reicht jedoch nicht aus. Es gibt nach Interessenlage und Zielsetzung sehr verschiedene Kriege oder innerstaatliche Konflikte. Und auch Friede ist nicht gleich Friede. Ein Friede, der mit sozialem Unrecht und mit gezielter Ausplünderung von Menschen und Völkern verknüpft ist, kann kein dauerhafter Friede sein. Ein stabiler Friede ist erst dann erreicht, wenn ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit, persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und zwischenstaatlichem Ausgleich erreicht sind. Es sind also auch jene sozialstrukturellen Kriegsursachen zu überwinden, die bereits in Friedenszeiten inhuman wirken. Der Bezug auf praktische Erfahrungen und auch die Interessenlage der Angesprochenen bleibt wichtig. Zudem: Wer in der sozialen Aktion lernt, verankert seine Erfahrungen stärker als der, der nur davon hört. Die Menschen zur tätigen Wahrnehmung ihrer wohlverstandenen Interessen zu bewegen und die Zusammenhänge zwischen Krieg bzw. kostspieliger Rüstung und sozialer Frage herzustellen, gehört mit zur unabwendbaren Aufklärung der Staatsbürger. Aber aus richtigen Einsichten und Erkenntnissen sollte politisches Tätig-Sein werden!

Eine politische Gegenmacht aufzubauen contra Krieg und Militarismus, gestützt auf die öffentliche Meinung, bleibt die Hauptaufgabe. Gleichwohl sind Aktionsstrategien zu entwickeln für gewaltfreie Konfliktvorbeugung. „Frieden schaffen ohne Waffen“ bedarf eines wirksamen politischen Konterpotentials.

Jetzt erschienen:

Friedensordnung als Aufgabe der gegenwärtigen Epoche

*Beiträge zum Symposium der Internationalen Projektgruppe
„Globale Friedensordnung“ am 15. und 16. November in Dresden*

Ernst W o i t (Dresden)

Eröffnung: Gedanken zum Epochewechsel

Volker B i a l a s (München)

Die zweite Chance für eine friedliche Weltgestaltung -
Bedingungen einer globalen Friedensordnung

Endre K i s s (Budapest)

Zur Sozialphilosophie des postsozialistischen Systemwechsels

Wolfgang S c h e l e r (Dresden)

Fortschritt des Friedens in Idee und Wirklichkeit.
Notwendigkeit und Möglichkeit in der heutigen Welt

Maja B r a u e r (Pfaffenhofen)

Die Staatensouveränität als Motor der globalen Krise

Ernst W o i t (Dresden)

Friedens-Chancen nach dem Epochewechsel?

Horst-Dieter S t r ü n i n g (Bonn)

Plädoyer für eine andere, neue Friedensethik

Raymond S w i n g (Kopenhagen)

Sieben vorläufige Thesen zu einer friedlichen Weltordnung

Andrzej K i e p a s (Katowice)

Wissenschaft und Technik in postmoderner Zukunft: Chancen für Friedensverantwortung

Bernd M i c h l (München)

Zur Krise des Liberalismus

Dresden 1997, 84 Seiten (2 Teile), Kostenbeitrag 8,00 DM
(Hrsg.: Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.)

Peter Gerlinghoff

Frühzeitige Konfliktanalyse - eine Vorbedingung ziviler Konfliktbewältigung

Andreas Buro hat die Friedensbewegung kürzlich gegen den Vorwurf in Schutz genommen, sie habe im Fall Bosnien versagt. (1) Ich mag gegen diese Ermütigung nicht polemisieren, glaube aber, daß wir allen Grund haben, unsere in bezug auf das Konfliktfeld Jugoslawien entwickelten Denkansätze und Aktivitäten auf ihren Realitätsgehalt hin zu überprüfen. Wer es mit dem Anliegen der Friedens- bzw. Antikriegsbewegung ernst nimmt, wird sich mit der bislang praktizierten Konflikt*bearbeitung* nicht zufriedengeben, sondern tief beunruhigt bleiben, daß es in Europa nicht gelang, einen schwelenden Konflikt rechtzeitig zu beheben und so den betroffenen Menschen den Rückfall in barbarische Formen der Auseinandersetzung zu ersparen.

Der Friedensbewegung ging es vor fünf Jahren nicht anders als der Politik: Sie fühlte sich von den Ereignissen überrollt und schlug sich desorientiert je nach Gefühl (unter dem Einfluß der Massenmedien) oder nach vermeintlicher Einsicht auf die eine oder andere Seite des Konflikts. Wir wurden Partei, und das Gefühl unserer Hilflosigkeit wuchs, je stärker wir vor Ort mit dem Elend des Krieges und der Entschlossenheit seiner Akteure konfrontiert wurden.

Das Abkommen von Dayton hat die militärische Auseinandersetzung zum Stillstand gebracht. Die Logik des Konflikts läßt sich nun an seinen Ergebnissen ablesen - unbeeinträchtigt vom unserem Wollen und Hoffen. Damit ist ein objektiver Maßstab, eine Möglichkeit gegeben, eigene Ansichten zu verifizieren und Handlungsansätze auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Ich nenne nur die herausragenden Ergebnisse: Die ethnische Separierung wurde durch minutiöse Grenzziehung völkerrechtlich fixiert, und sie wird nach innen mit jedem Tag weiter vervollkommnet. An diesem Faktum scheitert u. a. die Rückführung der Flüchtlinge. Wer glaubt, daß dies nur eine Spezialität der serbischen und kroatischen Seite sei, dem halte ich hier eine Zeitschrift aus Sarajevo entgegen. Sie zeigt auf der Titelseite ein Bild des letzten Generals serbischer Nationalität, der in den Reihen der bosnischen Armee gekämpft hatte und nun von Präsident Izetbegovic entlassen wurde. „Ethnische Pensionierung“ nennt das Blatt diesen Vorgang. (2)

Die Wahlen in Bosnien-Herzegowina haben das Mandat der nationalistischen Mehrheitsparteien bestätigt und auch auf diese Weise den Willen zur Trennung bekräftigt. Die drei Entitäten (wie es im Jargon der Friedensstifter heißt) haben

sich ihre eigenen Verwaltungsstrukturen geschaffen, und die gemeinsamen Institutionen funktionieren nur unter äußerem Druck. Beobachter geben ihnen kaum eine Zukunftschance. Das krampfhaft aufrechterhaltene Völkerrechtssubjekt Bosnien-Herzegowina erweist sich damit ebenso als Fiktion wie die Idee, einen offenen Nationalitätenkonflikt durch Propagierung einer multi-ethnischen Gesellschaft lösen zu wollen.

Für die Friedensbewegung, die zivile Konfliktregelung anstrebt, stellt sich die Frage, ob dieses Ergebnis nicht schneller und auf kürzerem Wege möglich gewesen wäre, zumindest ohne jenes obszöne Maß an Blutvergießen. Ich behaupte: Ja. Es gab Stimmen, die bereits zu Beginn des Konflikts von einem dritten Balkankrieg sprachen, eine Trennung der Verantwortungsgebiete der Ethnien am Verhandlungstisch empfahlen und mit Hinweis auf den Friedensvertrag zwischen Griechenland und der Türkei in Lausanne vom 24. Juli 1923 zu internationaler Hilfe für einen evtl. notwendigen Bevölkerungsaustausch auf freiwilliger Basis aufriefen. (3) Dieser Lösungsansatz wurde mit dem Schlagwort „ethnische Säuberung“ (4) verschüttet, und ebenso fanden die Vorschläge der Vermittler der EU, die das Ergebnis von Dayton weitgehend vorwegnahmen und für den Normalisierungsprozeß in mancher Hinsicht bessere Rahmenbedingungen formulierten, kaum Unterstützung in der Friedensbewegung.

Was veranlaßte Außenseiter wie Eberhard Rondholz (5) dazu, schon 1991 die territoriale Trennung der Ethnien als die von der Geschichte nahegelegte Lösung des Konflikts zu bezeichnen? Im Grunde war es die Wahrnehmung von Fakten, die der Geschichtsfibel für den Anfangsunterricht zu entnehmen sind: Alle drei Volksgruppen Bosniens rekurrten in der durch die Sezession Sloweniens und Kroatiens ausgelösten jugoslawischen Staatskrise auf historisch begründete, antagonistische Herrschafts- und Territorialansprüche (6), große Bevölkerungsteile waren durch die Ereignisse im zweiten Weltkrieg traumatisiert (7) worden und verfügten über keine Erfahrung der Existenzsicherung durch demokratische Institutionen. Zudem waren die Faktoren, die nach der Verfassung Jugoslawiens von 1974 den Zusammenhalt des Staates garantieren sollten, nämlich Bund der Kommunisten und die Armee, auseinandergegangen. Ein Blick in die Zeitungen und die Publizistik lehrte, daß die Kommunikationszusammenhänge zwischen den Ethnien (8) schon lange vor Ausbruch der Kämpfe unterbrochen worden waren und daß gegenseitiges Mißtrauen zunehmend das Bewußtsein der Massen und der politischen Akteure beherrschte.

Unser Fehler als Friedensbewegung bestand darin, daß wir diese Krankheits-symptome einer in ihren Fundamenten destabilisierten Gesellschaft nicht ernst genommen haben, sondern den Konflikt und die in ihn involvierten Menschen auf unsere Idealvorstellung einer lediglich durch einzelne Extremisten bedroh-

ten Bürgergesellschaft festlegen wollten. Konkret gesprochen: Weder die Beibehaltung des alten Jugoslawiens noch die einfache Umwandlung einer Teilrepublik in einen internationalen Staat war im Fall Bosnien-Herzegowina eine realistische Zielsetzung für die Lösung der sich immer deutlicher abzeichnenden gewaltvollen Auseinandersetzungen. Die Mißachtung der Geschichte und der von ihr verursachten Mentalitäten ist den Betroffenen und der internationalen Gemeinschaft nicht zum ersten Mal teuer zu stehen gekommen.

Um so wichtiger ist die Erkenntnis, daß Mediation zwar nicht das konkrete Ergebnis des Konfliktverlaufs vorgeben kann, aber frühzeitig von einer interessenunbeeinflussten Analyse des Konfliktes und einer realistischen Abwägung der Lösungsmöglichkeiten ausgehen muß. Dies verlangt zu allererst die Zurücknahme von Wertvorstellungen, die auf dem Boden eigener Lebenserfahrung wachsen, und die Bereitschaft, die am Konflikt beteiligten Menschen und Probleme so zu sehen, wie sie geschichtlich geworden sind, und nicht, wie sie nach eigenem Gutdünken sein sollten.

Eine weitere wichtige Erkenntnis kann die Friedensbewegung aus dem Jugoslawienkonflikt ziehen: Mediatoren haben eigene Interessen. Die Vereinigten Staaten, nicht die EU, sollten in Bosnien als Friedensstifter in Erscheinung treten, und das den Krieg beendende Abkommen von Dayton (einschließlich der vorbereitenden Bombenwürfe) mußte in den Zeitplan des amerikanischen Präsidentenwahlkampfes passen. Der Staat des Alija Izetbegovic soll Balsam in die Wunden gießen, die der islamischen Welt durch den 2. Golfkrieg geschlagen wurden. (9)

Für die Friedensbewegung ergibt sich aus diesen Zusammenhängen die Notwendigkeit, nicht nur den Konflikt selbst, sondern die Reaktion des politischen Systems auf den Konflikt umfassend zu analysieren und kritisch zu begleiten. Über die dubiosen „deutschen Interessen“, die in der forcierten Anerkennung der secessionistischen Republiken und einer Verteufelung der serbischen Seite Ausdruck fanden, gibt es schon eine deutliche Kritik im In- und Ausland. (10)

Weniger untersucht sind die Interessen, die in der Konfliktbearbeitung (hier trifft das Wort zu!) durch die nichtstaatlichen Organisationen offenbar wurden. Es sollte schon nachdenklich stimmen, daß die Verteilung ihrer humanitären Hilfe im Grunde den gleichen Kriterien folgte, die von den herrschenden, mediengestützten Freund-Feind-Bildern festgelegt worden waren.

Die Friedensbewegung entwickelte einen bemerkenswerten Eifer, in den Konfliktgebieten Hilfstruppen für ihre Demokratie- und sonstigen politischen Ordnungsvorstellungen zu rekrutieren. Die angeworbenen Konfidenten wurden dann meist als „Demokratiebewegung“ oder mindestens als „demokratische

Opposition“ einer angeblich nationalistisch verhetzten Mehrheit entgegengestellt. Es fehlte völlig am Problembewußtsein, daß ein solcher Eingriff von außen die Polarisierung der Gruppen in den ohnehin destabilisierten Gesellschaften noch verstärken und zugleich die Kommunikation mit den Mehrheitsströmungen behindern mußte. Auch in dieser Hinsicht ist die bislang praktizierte Konfliktbearbeitung kritisch zu überdenken. Anders als Andreas Buro sehe ich die Perspektive ihrer Weiterentwicklung nicht so sehr in der engeren Verzahnung der Bemühungen der Friedensbewegung mit der staatlichen Ebene, sondern in der Stärkung ihrer Autonomie und ihrer kritischen Potenz im Sinne praktischer Humanität.

Es wäre interessant, die jetzt in Folge des Zusammenbruchs Jugoslawiens nachgeholte Nationsbildung in Südosteuropa mit analogen Prozessen in früheren Phasen der Geschichte zu vergleichen und etwa die Opfer der deutschen Kriege zwischen 1860 und 1866, des nordamerikanischen Bürgerkriegs oder der Sezession Norwegens nachzurechnen. Die historische Parallele könnte auch zeigen, daß die Auflösung überlebter supranationaler Gebilde in Nationalstaaten oder in echte Föderationen den Beginn der Durchsetzung von Menschenrechten, darunter auch des Minderheitsschutzes, bedeuten kann. Aus der Interessenlage der neu entstandenen Staaten selbst ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit guter Nachbarschaft, die wir fördern und nicht durch selektive Gratifikation einzelner und Ausgrenzung anderer Staaten stören sollten. Der ernüchternde Bericht der Bündnisgrünen, die sich nun auch mit NATO-Einsätzen in Bosnien anfreunden können, enthält immerhin die Erkenntnis, daß die Grundlagen für eine multi-ethnische Gesellschaft in Bosnien durch einen Prozeß ziviler Versöhnungsarbeit erst noch gelegt werden müssen. (11) Eine späte, aber wichtige Erkenntnis.

Anmerkungen

- (1) „Die beliebte Formel ‘Scheitern des Pazifismus’ ist nur dummliche Ideologie.“ In: Zivile Konfliktbewältigung. Erfahrungen, Problem, Perspektiven. Anhörung der PDS-Bundestagsgruppe am 28. September 1996 in Berlin, S.49.
- (2) Svijet (Oslobodjenje), Sarajevo, Nr. 50, 9. Januar 1997. Es handelt sich um General Jovan Divjak.

- (3) Z. B. im Schreiben des Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung vom 8. Dezember 1992 an Bundeskanzler Kohl, dokumentiert in „Informationsdienst“ des Ausschusses 31. Jg. (1992), Nr. 6, S. 6.
- (4) Ohne Zweifel stellt die gewaltsame Vertreibung von Menschen im Zuge von Kriegshandlungen ein Verbrechen dar, das in keiner Weise entschuldigt werden soll. Dies betrifft die serbischen Maßnahmen im Fall von Srebrenica ebenso wie die zahlenmäßig allerdings weitaus größere Vertreibung der Krajina-Serben im August 1995. Die muslimische Seite hat zu den gleichen Maßnahmen sogar gegenüber Religionsgenossen im Fall der abtrünnigen Enklave von Bihac gegriffen. Der gerade in Deutschland so vehementen Kritik an „ethnischen Säuberungen“ ist offensichtlich völlig entgangen, daß durch diskriminierende Verfassungsänderungen in Kroatien schon unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung ein Exodus von über 100 000 Serben aus Zagreb ausgelöst wurde. Das gleiche gilt für die provokative Zuschlagung einer Reihe von Stadtteilen Sarajevos mit kompakter serbischer Bevölkerung an die kroatisch-muslimische Föderation im Rahmen des Dayton-Abkommens.
- (5) Eberhard Rondholz, Brandgefahr bei Tauwetter. Nationalitätenkonflikte in Südosteuropa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg. 1990, Heft 2, S. 187-192. Der Autor hat in den „Blättern“ in den folgenden Jahren mehrfach zum Jugoslawienproblem Stellung genommen, darunter auch zur Hypothek deutscher Kriegsverbrechen auf dem Balkan, vgl. „Tausend unbekannte Lidices“, 38. Jg. 1993, Heft. 12, S. 1509-1518.
- (6) Der serbische Anspruch wird mit der relativen Bevölkerungsmehrheit im ehemaligen jugoslawischen Staatsverband, der eigenständigen Staatsbildung im 19. Jahrhundert, der Rolle als Märtyrer- und Befreiervolk in den beiden Weltkriegen begründet. - Der kroatische Anspruch suggeriert eine kulturelle Überlegenheit und stellt die Abweisung serbischer Dominanz in den jugoslawischen Staatsbildungen in den Vordergrund. In Bosnien spielen zusätzlich die (teilweise gewaltvollen) Missionsanstrengungen der katholischen Orden eine bedeutende Rolle. - Der bosnische Anspruch resultiert aus der dominanten Stellung der Muslime während der osmanischen Zeit, er ist untermauert durch die religiöse Vorstellung, daß ein Abfall vom Glauben und gleichermaßen auch die Aufgabe eines dem Glauben schon gewonnenen Territoriums ein mit dem Tode zu bestrafendes Vergehen darstellt.
- (7) Zur deutschen Mitverantwortung für das Genozid an den bosnischen Serben während des „Unabhängigen Staates Kroatien“ vgl. Ladislaus Hory, Martin Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat. 1941-1945. Stuttgart 1968. Es ist

bemerkenswert, wie wenig Sensibilität die deutsche Friedensbewegung gegenüber serbischen Befindlichkeiten aus diesen geschichtlichen Tatsachen ableiten konnte.

- (8) Auf die verhängnisvolle Rolle der Intellektuellen bei der Dekomposition Jugoslawiens hat frühzeitig Peter Handke hingewiesen, vgl. ders., Abschied des Träumers vom Neunten Land. Frankfurt 1991. Bemerkenswerterweise hat dieses rechtzeitig warnende Buch in keiner Hinsicht die Publizität erlangt wie Handkes Reisebericht aus dem Jahr 1995. - Eine interessante Parallele ist das Auseinandertriften der tschechischen und deutschen Intelligenz in Böhmen während des 19. Jahrhunderts, mit der Gründung einer tschechischen Karlsuniversität 1882 als erstem Höhepunkt. Die Ausrufung des tschechoslowakischen Staates, die Gegenreaktion der Sudetendeutschen und schließlich ihre Vertreibung erscheint diesem Licht wenn auch nicht als notwendige, so doch als naheliegende Konsequenz.
- (9) Diese häufig geäußerte Vermutung bestätigte der ehemalige belgische Ministerpräsident Leo Tindemans anlässlich der Vorstellung der gemeinsamen Balkanstudie von Carnegie Foundation und Berliner Aspen-Institut. Vgl. Der Tagesspiegel (Berlin), "Bosnien braucht weitere Garantiemächte", 28. September 1996.
- (10) Vgl. dazu eine englische Stimme: T.W. Carr, German und US Involvement in the Balkans: A Careful Coincident of national Policies. Presented at the Symposium on the Balkan War. Yugoslavia: Past and present. Chicago, August 31-September 1, 1995.
- (11) Bosnien-Reise der Vorstände von Bundestagsfraktion und Partei von Bündnis 90/Die Grünen 20.-25. Oktober 1996. Wesentliche Eindrücke und erste Schlußfolgerungen. (4. November 1996)

Gerd Hommel

Für nichtmilitärische Konfliktlösungen und Überwindung von Ausgrenzung aus Glaubens-, ethnischen und politischen Gründen

Als wir vorgestern, am 13. Februar 1997, mit unseren Enkeln unsere Erlebnisse in der Dresdner Bomben- und Schreckensnacht und deren Folgen gedanklich wiedererstehen ließen, stellten sie unbekümmert und doch so logisch Fragen:

W a r u m wurde diese Stadt in einer Nacht so zerstört, und w a r u m mußten in dieser Nacht mehr als 34 000 Menschen qualvoll sterben? W a r u m vorher das grausame Schicksal Coventrys und Rotterdams? W a r u m ist bis heute nach diesem Erlebten noch immer Krieg? W a r u m schaffen Politiker - sie meinten jene, die sie auf dem Fernsehbildschirm erlebten - nicht die Waffen ab? Ohne Waffen und ohne Militär wäre doch Krieg nicht mehr möglich!

Ich beantwortete ihre Fragen anhand meines Wissens und meiner Lebenserfahrung: Waffen wurden in der Geschichte immer zur Errichtung, Erweiterung bzw. zum Erhalt von Macht eingesetzt. Jede Forderung nach Frieden, die Machtinteressen widersprach und radikale Abrüstung einbezog, stieß immer auf den Widerstand der Mächtigen.

Gewiß ist Macht nicht gleich Macht, wie Demokratie nicht gleich Demokratie ist. Die Erfahrung aus der Systemkonfrontation hat uns das deutlich gemacht. Und ich will die Nuancen der Außenpolitik durchaus nicht wegreßen. Es bleibt für mich jedoch bei der durch breite Öffentlichkeit inzwischen getragenen Erkenntnis: Das weltweit angehäufte und täglich auf „Effektivierung“ der Vernichtungskraft ausgerichtete reproduzierte Waffen- und Militärpotential ist zur realen Gefahr der Vernichtung allen Lebens geworden.

Aus meiner Sicht ist das Konzept der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“, das von der OSZE derzeit nicht mehr so zielstrebig verfolgt wird, das bisher rationalste, einzig machbare, weil es zunächst die Machtausübung der Kräfte im jeweiligen Machtbereich, im Status quo also, nicht unmittelbar in Frage stellt und am ehesten von unterschiedlichen politischen Kräften akzeptiert werden kann. Ich meine das Konzept der vertraglich zu vereinbarenden schrittweisen paritätischen, international kontrollierten Abrüstung.

Dem Wirken der OSZE steht heutzutage das Konzept der NATO mit der z. T. erpresserischen Politik der militärischen Osterweiterung entgegen. Und mir scheint, die Regierenden der führenden NATO-Staaten fühlen sich nach dem Ende der Systemkonfrontation so mächtig, daß sie von der Politik militärischen Schreckens nicht ablassen wollen. Die jüngere Geschichte lehrte uns aber auch, daß durch breiten Widerstand der Öffentlichkeit Regierungen zu Kursänderungen gezwungen werden können. Das ist m. E. das Feld der Aktivitäten der Friedensbewegung, der

Frieden stiftenden und Frieden erzwingenden Nichtregierungsorganisationen im weitesten Sinne.

Ich bedaure es, daß auf dem heutigen Symposium der Machbarkeit der Forderung „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ nach den Erfahrungen der KSZE nicht mehr Raum gegeben ist.

Zwei Gedanken, die meinen Redebeitrag auf den Punkt der Wortmeldung bringen:

1. Obwohl seit 1975 mein Stimmchen im kleinen Chor Gleichgesinnter nicht gehört wurde, wiederhole ich meine Position mit von Erkenntnis gestärkter Überzeugung von dieser Tribüne:

Die Schaffung einer dauerhaften gerechten Friedensordnung durch paritätische Abrüstung und konsequente Entmilitarisierung muß die Demobilisierung der Geheimdienste weltweit einschließen. Wie bei der militärischen Abrüstung müssen dieser Demobilisierung der Geheimdienste kontrollfähige Kriterien zugrunde gelegt werden. Auch wenn Aktivitäten von Geheimdiensten niemals kontrollierbar sind, so sind es doch die verfügbaren finanziellen Mittel, der Umfang der hauptamtlichen Personale und Dienste/Dienststellen und andere.

Bitte unterstützen Sie mich, dieser Forderung in der Friedensbewegung und an die Adresse der Politiker in den Regierungen Gehör zu verschaffen.

2. Seit dem Ende der Systemkonfrontation kann ich keine Überwindung der Zersplitterung der Friedensbewegung erkennen. Im Gegenteil beobachte ich, daß unter dem Druck von Medien, die Machtinteressen der führenden NATO-Staaten wahrend, die Ausgrenzung von Menschen aus Glaubens- und ethnischen Gründen und wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten politischen Bekenntnissen zum Alltag gehört. Wieviele Menschen leben schon mit Vorurteilen, wie: „Serbien, du mußt ‘sterbien“! Wem käme es in den Sinn, einen Scientologen in die Friedensbewegung zu integrieren, wenn dieser es wollte?

So ist es auch für eine breite Öffentlichkeit in Deutschland schon normal, daß ehemalige hauptamtliche oder Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR keine Stimme in der politischen Auseinandersetzung um Frieden und Gerechtigkeit erhalten. Es wird im Chor der systemtragenden Medienpolitik die eine Erwartung manipuliert: MfSler, bekenne dich schuldig, in einer Verbrecherorganisation den „Unrechtsstaat DDR“ zu verantworten. Das genügt.

Ich widersetze mich diesem Denk- und Verhaltensmuster, denn ich will mit meinem Insiderwissen und den in der Nachkriegszeit gewonnenen Erkenntnissen für deren Berücksichtigung in der Tagespolitik und bei der Zukunftsgestaltung ganz im Sinne der Friedensbewegung wirken können.

Orientierung gibt mir die Aussage des Historikers Prof. Dr. Günter Benser: „Geschichte ist aber immer ein Prozeß, bei dem Menschen unter vorgefundenen Umständen und mit Wissen ihrer Zeit, auch unter dessen Mißachtung, sich aus der Vergangenheit in die Zukunft bewegen und nicht umgekehrt.“

Ingeborg Philipp

Kosmisches Zeitalter

Vor vierzig Jahren - im Jahre 1957 - wurde mit dem Sputnik das kosmische Zeitalter der Menschheitsgeschichte begonnen. Es waren leise Signale, die zuerst zu hören waren, trotzdem wurde im Westen der „Sputnikschock“ ausgelöst, weil die Sowjetunion vor Amerika den Schritt in den Kosmos vollzogen hatte, der zunächst ein erdnaheer Raum war. Später folgten die Amerikaner mit großen Programmen nach.

Der Sputnik kam zwölf Jahre nach der Atombombe, die 1945 gezündet worden war, und zwei Jahre danach flogen „Lichtbälle“ das Gelände von Los Alamos und weitere militärisch sensible Gebiete an. Vielen Piloten von Militär- und zivilen Flugzeugen war dieser Sachverhalt bekannt, und es sprach sich herum, daß es Ufos gab. Wenige Jahre später hatte der spätere Präsident Carter zusammen mit zwanzig Leuten eine Ufosichtung von der Veranda aus. Halluzinationen waren nicht möglich. Deshalb veranlaßte Carter als Präsident eine mit 20 Millionen Dollar staatlich finanzierte Ufo-Forschung. Der damals amtierende Geheimdienstchef George Bush verhängte dagegen ein „Top secret“. Dieses ist bis heute wirksam geblieben.

Reale Sichtungen von Ufos erfolgen weltweit. Eine wissenschaftlich seriöse Berichterstattung dazu wird im „MAGAZIN 2000“ vorgenommen, das sich als Internationales Forum für Grenzwissenschaften versteht. Es gibt weltweit Mitarbeiter. Auch Marina Popowitsch, Testpilotin aus der ehemaligen UdSSR, arbeitet mit. Das Phänomen der Ufos stützt sich auf gesicherte Beobachtungen, über 100.000 Sichtungen sind dokumentiert. Vor kurzem kam es zu einer unfreiwilligen Offenlegung: Die Moderatorin Hannelore Fischer vom Mittagmagazin entschuldigte das Nichtzustandekommen einer Verbindung nach Israel mit der Information, daß in Israel gerade Ufos gesichtet werden und die Verbindung deshalb nicht zustandekommt.

Der Chefredakteur von „MAGAZIN 2000“ ist Kulturanthropologe und Journalist. Es wird seriös recherchiert und aktuell informiert. Vor kurzem wurde die Kurzfassung des „Rockefeller-Berichtes“ zur Ufo-Problematik veröffentlicht. Der Millionär Rockefeller machte seine Wahlkampfhilfe für Clinton davon abhängig, daß eine Offenlegung zur Ufo-Problematik erfolgt. Clinton will diese Verpflichtung demnächst erfüllen. Es ist eine Offenlegung gegen das „Top secret“ der Geheimdienste. Und es ist eine Offenlegung von wahrscheinlich sehr wichtigen Informationen, welche die ganze Menschheit betreffen. Die Militärwissenschaftler der Friedensbewegung sollten sich mit diesem Sachverhalt befassen.

Ich bin Christin, und ich weiß, daß das Wirken Gottes für die Menschheit dieser Erde noch nicht zuendegegangen ist.

Jan Š u m a v s k y

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen und die „Deklaration“

Es freut mich, daß ich - wie vor einem Jahr - alle Teilnehmer des Dresdner Friedenssymposiums im Namen der Tschechischen Friedensgesellschaft wieder begrüßen kann. Mein Beitrag entspricht zwar nicht exakt dem Konferenzthema, aber ich meine, daß er doch zur heutigen Diskussion gehört. Schließlich haben die Beziehungen zwischen unseren Völkern und Mitbürgern noch immer große Bedeutung für den Frieden in Europa und für die europäische Zusammenarbeit.

Die Deklaration hat zu beiden Seiten der Grenze ein großes Echo ausgelöst. Natürlich sind die Ansichten sehr unterschiedlich - die der unmittelbar Geschädigten und der damaligen Zeitgenossen, ihrer Verwandten, der heutigen jungen Leute usw. Das Bild vertriebener Frauen, Kinder und alter Menschen ist immer schmerzhaft, unabhängig davon, um welche Zeit und um welches Land es sich handelt. Und es ist auch nicht wichtig, ob ihr Schicksal „Zwangstransport“, „Zwangsaussiedlung“ oder „Vertreibung“ genannt wird. Aus Sicht der Menschlichkeit, der christlichen Liebe, wie Sie wollen, gibt es natürlich keinen Unterschied. Die Elenden brauchen immer unser Mitleid, unsere Hilfe.

Wenn wir aber solche Tragödien aus der Welt abschaffen wollen, müssen wir auch ihre Ursachen kennen. In dieser Hinsicht kann ich nicht *einerseits diejenigen*, die im Jahre 1938 aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet vertrieben wurden, und ihre nichtfaschistischen Mitbürger, die nicht schuldig wurden, die gemeinsam Opfer des Nazismus waren, und *andererseits diejenigen*, die damals zu 80 Prozent der Henlein-Partei in den Wahlen ihre Unterstützung gaben und „Heim ins Reich“ wollten, mit denselben Augen sehen. Natürlich erkannten viele sehr bald ihren Irrtum, anderen hat dann der Kriegsverlauf die Augen geöffnet. Es gab aber auch nicht wenige, die dem Nazismus bis zum Ende treu blieben, und einige von ihnen töteten sogar noch nach dem Kriege mit ihren Waffen. Nicht unberechtigt sagte man im sogenannten „Protektorat“, daß die Sudetendeutschen grausamere Okkupanten als die Reichsdeutschen seien.

Es gab damals keine kollektive Schuld; man darf aber auch heute den jungen Leuten nicht eine kollektive Unschuld vorlügen.

In den Frühlingsmonaten 1945 bestand unsere Gymnasiumsklasse nur aus Mädchen, einem Mitschüler mit gebrochenem Bein und mir, weil es mir gelang, vor den Behörden eine schwere Krankheit zu simulieren. Alle anderen wurden zur Zwangsarbeit verschickt und mußten für die zurückweichende Wehrmacht neue Positionen vorbereiten. Kurz darauf wurde der Unterricht ganz gestoppt: In der Schule wurden die Kriegsvertriebenen untergebracht. Ich und einige ebenso junge Knaben sollten sie nach dem Kriegsende bewachen. Aber wen, und gegen wen?! Es waren Frauen, Kinder und ein paar alte Männer. Alle waren hungrig, in jämmerlichem Zustand, verängstigt. Man wußte nicht, wer von ihnen die Nazis unterstützt hatte und wie lange. Das Ergebnis eines Krieges ist immer grausam, und meistens ist kein großer Unterschied zwischen den Niedergeschlagenen und den Siegern.

Auch die Sieger bildeten kein homogenes Ganzes. Ohne Unterschied, ob es früher in Frankreich, in Rußland, in einem anderen okkupierten Lande oder ob es nach dem Kriege war - zu ihnen gehörten die von Okkupation Betroffenen und die nicht Betroffenen, die Großzügigen und die Rachsüchtigen, aber auch die Charakterlosen und sogar die Kriminellen, die die Betroffenheit nur vorgeben und mißbrauchen wollten.

Warum spreche ich so lange davon? Ich möchte zeigen, wie kompliziert es ist, die Vergangenheit auf ein paar Seiten *Deklaration* widerzuspiegeln. Und mehr noch - wie kann man die Vergangenheit mit „heutigen Augen“, mit heutigen Moralgesetzen beurteilen? Jedes Abkommen kann nur ein Kompromiß sein, ein Kompromiß auf der Ebene dessen, was maximal für beide Seiten übereinstimmend und annehmbar ist. Es kann nicht die Ansichten und Forderungen aller Gruppen enthalten.

Ich kann das Unbehagen der Deutschen verstehen, die nach dem Kriege ihre Heime verlassen mußten. Viele dieser Heime habe ich selbst gesehen, als ich einige Monate freiwillig im Grenzgebiet arbeitete. Es waren kleine Häuser mit armer Ausstattung, verlassene Kühe in den Ställen, das Getreide auf den kargen Feldern. Eine Tragödie! Eine Tragödie des Krieges, der Massenschuld, des Massenirrtums.

Damals hat mich das nicht sehr erschüttert, denn sieben Jahre zuvor, als die Familie meiner Tante aus der Stadt As fliehen mußte, hatte ihr Eigentum in einem einzigen Zimmer Platz gefunden; und zu meiner Verfolgung kam es, als ich zum Glück erst 14 Jahre alt war und noch vor dem Attentat auf Reinhard Heydrich. Wäre ich nur ein Jahr älter gewesen, hätte dies Gefängnis und nach dem Attentat die Hinrichtung der ganzen Familie bedeutet.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft fordert heute Entschädigung. Wie kann man aber heute erkennen, ob es sich um die Forderung eines Unschuldigen oder um die eines - weniger oder mehr - Schuldigen handelt? Handelt es sich um einen wirklich Betroffenen, um seine Nachkömmlinge, um einen, der aus der Situation profitieren will, oder sogar um einen noch heute hassenden und unbelehrbaren Menschen?

Und wer sollte die Berechtigten entschädigen? Erwartet man das etwa von dem Staat - der überfallen, politisch liquidiert und ökonomisch ausgeraubt wurde und der selbst keine Kriegsentschädigung bekam? Sollte er das zahlen aus den Steuern derjenigen Leute, die verfolgt, zur Zwangsarbeit ins Reich verschickt wurden, in Gefängnissen und Konzentrationslagern litten, von Leuten, deren Eltern an den Folterungen starben und die alle von der Nachfolger-Regierung keinen Groschen bekommen haben?

Welches „Heimatrecht“ fordern Mitglieder der Sudetendeutschen Landsmannschaft? In der internationalen Gesetzgebung existiert kein solches Recht. Und sind das vielleicht gar dieselben, die „Heim ins Reich“ wollten, in das Reich, das allen ehemaligen deutschen Mitbürgern die tschechische Staatsbürgerschaft abgenommen hat? Sie alle können wie tschechische Bürger zurückkehren, aber nicht, um nur finanzielle Forderungen vorzulegen.

Die tschechische Seite drückt in der Deklaration ihr Bedauern über die Nachkriegsexzesse aus, ohne Rücksicht darauf, welche Wurzeln diese in den einzelnen Fällen hatten. Aber umgekehrt enthält die Deklaration kein einziges Wort von der Schuld mindestens eines Teils der in der damaligen Tschechoslowakei lebenden Deutschen am Zerbrechen des Staates und an der nachfolgenden nazistischen Okkupation. Es gibt sogar Stimmen, die jede Schuld bestreiten, da die Wurzeln schon im Jahre 1918 gelegen hätten. Auch wenn wir dies zulassen wollten wäre daran zu erinnern, daß die damalige Vertragsregelung das Resultat der Niederlage Österreich-Ungarns und Deutschlands im Kriege war. Selbst wenn eingeräumt würde, daß die entsprechenden Veränderungen für die Tschechen und Slowaken günstig waren, so bleibt dies doch eine Entscheidung der Siegermächte. Gleiches gilt für den Abtransport oder die Vertreibung - wie Sie wollen - der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Es waren wieder Entscheidungen der Siegermächte, in diesem Fall konkret als Teil des Potsdamer Abkommens. Oder will jemand glauben, daß sich die Weltmächte nur von tschechoslowakischen Interessen leiten ließen? Grundbestreben ihrer Entscheidung war doch, durch die Abtrennung, heute sagt man „ethnische Abtrennung“, eine mögliche Ursache neuer Kriege in Europa zu beseitigen. Auch davon kann man in der Deklaration kein einziges Wort finden; denn in der Bundes-

republik verstärkt sich die Meinung, daß dieses Abkommen für sie rechtlich nicht verpflichtend ist.

Es ist wahr: Wenn wir im Frieden, sogar in einem vereinigten Europa zusammenleben werden, sollte all das keine große Bedeutung haben.

Die Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen waren in der Geschichte, besonders in diesem Jahrhundert, niemals nur ihre eigene Sache; sie bildeten immer einen Bestandteil der Beziehungen in ganz Europa.

Ich wollte zeigen, daß man der Deklaration von beiden Seiten vieles vorwerfen kann. Sie ist nicht perfekt, aber meiner Meinung nach kann sie trotz alledem eine gute Ausgangsbasis für Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft in der Zukunft sein.

Auch Kanzler Kohl erklärte, daß die Deklaration die Probleme nicht beseitigt. In beiden Ländern leben noch viele Mitbürger/innen, die nicht imstande sind, die Vergängenheit zu bewältigen oder die dies nicht einmal wollen. Der übergroßen Mehrheit ist aber schon ganz klar, daß gute, friedliche Nachbarschaft das wichtigste ist. Manche Organisationen, unter ihnen die Sächsische Friedensinitiative und auch die Tschechische Friedensgesellschaft, unterschrieben zum 50. Jahrestag des Kriegsendes gemeinsame Deklarationen, die positiver als die „Regierungsdeklaration“ sind.

Mein Freund aus der Nottulner Friedensinitiative sieht das so: „Eigentlich holt mit dieser Erklärung die offizielle Politik endlich nach, was auf der Ebene der Volksdiplomatie, auf der Ebene der Freundschaften der Menschen längst Realität ist!“ Und ich füge hinzu: „Es freut mich, daß wir alle zu diesen Menschen und Freunden gehören.“

Schriftenreihe „**DSS - Arbeitspapiere**“

Bezugsbedingungen

Bestellung:

Über die angegebene Adresse von Redaktion/Vertrieb können Einzelhefte oder alle Hefte des jeweiligen Kalenderjahres bestellt werden.

Bei Jahresbestellung werden in 3 bis 5 Lieferungen voraussichtlich insgesamt 6 bis 10 Neuerscheinungen zugesandt.

Kostenbeitrag und Zahlungsweise:

Die Dresdener Studiengemeinschaft finanziert ihre Aktivitäten allein durch Mitgliedsbeiträge. Sie muß daher die Bezieher ihrer Publikationen um einen Beitrag zu den Herstellungs- und Versandkosten bitten.

Dies bleibt bescheiden und berechenbar:

Im Regelfall werden je Heft DM 0,50 + 0,10 DM * Anzahl der (Innen-)Blätter (A5) kalkuliert; pro Lieferung (in der Regel mehrere Hefte) entstehen zudem Versandkosten von max. 3,30 DM. In wenigen Ausnahmefällen können durch erhöhten Aufwand für Recherchen und/oder Ausstattung höhere Kosten entstehen, die anteilig auf alle Exemplare des betreffenden Heftes umgelegt und ausdrücklich angekündigt werden.

[Bei maximal fünf Lieferungen von insgesamt 10 Heften mit durchschnittlich je 15 Innenblättern ergibt sich eine Kostenbeteiligung von ca. 30,-DM im Jahr.]

Der Kostenbeitrag ist zahlbar

- bei Bezug einzelner Hefte: mit der Bestellung, in Briefmarken oder durch Überweisung (Kopie des Belegs),
- bei Jahresbestellung: nach Erhalt der letzten Sendung des Jahres, durch Überweisung (Kostenrechnung und Überweisungsbeleg werden zugesandt).

Abweichende Regelungen können (z.B. telefonisch) vereinbart werden.

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Dresden, BLZ 850 551 42, Kto.-Nr. 346 051 715;

Verwendungshinweis: Kostenbeitrag DSS-Arbeitspapiere.

Schriftenreihe „D S S - Arbeitspapiere“

- Heft 25 : NATO und NATO-Osterweiterung. Pro und contra in Beiträgen von Erich Hocke, Dietrich von der Planitz und Ernst Woit
Dresden 1996, 40 Seiten; 2,50 DM
- Heft 26: Wolfgang Scheler
Der neue Auftrag für die deutschen Soldaten - ein Friedensauftrag?
Ernst Woit
Völkermord eingeplant. Zur Politik mit Massenvernichtungsmitteln
Dresden 1996, 24 Seiten; 1,70 DM
- Heft 27: Wolfgang Scheler
Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte (...) [Rückblicke (4)], Dresden 1996, 36 Seiten; 2,30 DM
- Heft 28: Gustav Urbani
Zur weiteren Umgestaltung der ungarischen Honved-Armee
Dresden 1996, 28 Seiten; 1,90 DM
- Heft 29: Siegfried Schönherr
Gedanken zur militärökonomischen Forschung und Lehre in der DDR [Rückblicke (5)], Dresden 1996, 22 Seiten; 1,60 DM
- Heft 30: Hermann Hagena / Niklas von Witzendorff
Sicherheitspolitische Aspekte der Entwicklung nach der deutschen Wiedervereinigung
Dresden 1996, 36 Seiten; 2,30 DM
- Heft 31: Zur Idee einer globalen Friedensordnung. Beiträge - im Anschluß an Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“ - von Hermann Klenner, Wolfgang Scheler und Ernst Woit
Dresden 1997, 44 Seiten; 2,70 DM
- Heft 32: Friedensordnung als Aufgabe der gegenwärtigen Epoche. Beiträge von Volker Bialas, Ernst Woit und Wolfgang Scheler
Dresden 1997, 36 Seiten; 2,30 DM
- Heft 33: Eberhard Haueis
Die führende Rolle der SED in der Nationalen Volksarmee. Eine kritische Nachbetrachtung [Rückblicke (6)]
Dresden 1997, 24 Seiten; 1,60 DM

Berliner Appell,
veröffentlicht im Januar 1982 von Pfarrer Rainer Eppelmann:

Frieden schaffen ohne Waffen

1. Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generäle und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz sie vertrauen, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übriggeblieben ist.
2. Darum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit den Atomwaffen! Ganz Europa muß atomwaffenfreie Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.
3. Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des 2. Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Danach sollen die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und Garantien über die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren.
4. Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts der freien Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen und jede spontane Bekundung des Friedenswillens in der Öffentlichkeit zu billigen und zu fördern. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und an unsere Regierung, über die folgenden Fragen zu beraten und zu entscheiden:
 - a) Sollten wir nicht auf Produktion, Verkauf und Einfuhr von sogenanntem Kriegsspielzeug verzichten?
 - b) Sollten wir nicht anstelle des Wehrunterrichts an unseren Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen?
 - c) Sollten wir nicht anstelle des jetzigen Wehersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer auch sozialen Friedensdienst zulassen?
 - d) Sollten wir nicht auf Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern stattdessen dazu benutzen, den Friedenswillen des Volkes kundzutun?
 - e) Sollten wir nicht auf die Übungen zur sogenannten Zivilverteidigung verzichten? Da es im Atomkrieg keine Möglichkeiten einer sinnvollen Zivilverteidigung gibt, wird durch diese Übungen nur der Atomkrieg verharmlost. Ist das nicht womöglich eine Art psychologischer Kriegsvorbereitung?
5. Frieden schaffen ohne Waffen - das bedeutet nicht nur: Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeugen und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?

[Aus: Rainer Eppelmann, Wende - Wege, Bonn/Berlin 1992, S. 213 ff.]